

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Einzelheft 5 Pf., monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk., halbjährlich 8,50 Mk., jährlich 16,50 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
 Ausland: jährlich 18,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
 Einzelheft 5 Pf., monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk., halbjährlich 8,50 Mk., jährlich 16,50 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
 Ausland: jährlich 18,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die feinsten Zeilen 20 Pf. für die ersten 10 Zeilen, für die folgenden 15 Pf. für die nächsten 10 Zeilen, für die folgenden 10 Pf. für die folgenden 10 Zeilen, für die folgenden 5 Pf. für die folgenden 10 Zeilen, für die folgenden 3 Pf. für die folgenden 10 Zeilen, für die folgenden 2 Pf. für die folgenden 10 Zeilen, für die folgenden 1 Pf. für die folgenden 10 Zeilen.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 6. Januar 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Braila ist genommen.

Streifvorstoß bei Loos — Russenangriffe an der Dunafront — Gefechte im Dorna-Watra-Gebiete — Gewinn in der Westmoldau — Odobesti-Höhen, Slobozia, Kotești erstickt — Braila-Brückenkopf durchbrochen, Gurgueti und Romanul genommen.

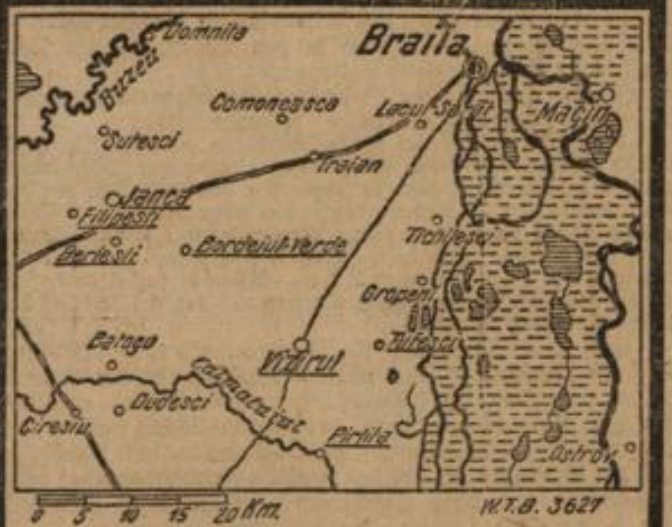
Amlich. Grafes Hauptquartier, den 5. Januar 1917. (S. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Die Kampftätigkeit der Artillerie hielt sich infolge ungenügender Witterung zumeist in mäßigen Grenzen. In mehreren Frontabschnitten verliefen kleinere Patrouillenunternehmungen erfolgreich.
 Bei der **Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht** drangen Abteilungen des Altenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 153 heute früh bis in den vierten feindlichen Graben am Strand von Loos vor, fügten dem Engländer bei Aufräumung und Sprengung mehrerer Stollen blutige Verluste zu und kehrten mit 51 Gefangenen zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
 Zwischen der Küste und Friedrichstadt zeitweilig harter Generalkampf.
 Heute in den Morgenstunden griffen russische Bataillone Teile unserer Stellungen an; die Kämpfe sind noch im Gange. Außerdem griff der Russe viermal unter hohem Einsatz von Menschen und Munition die ihm entziffene Insel nordwestlich von Düneburg vergeblich an.

Front des Generalsberk Erzherzog Joseph.
 An der Goldenen Dristin war das Artilleriefeuer heftig. Vorstöße russischer Kompagnien und Streifkommandos zwischen Gofanești und Dorna Watra scheiterten verlustreich.
 Die Angriffe der unter Befehl des Generals der Infanterie von Gerol stehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in den zwischen der Dignenze Siebenbürgens und der Sereth-Niederung liegenden Bergen brachten auch gestern wichtigen Geländegewinn. Mehrere hundert Gefangene wurden aus den erlängtesten Stellungen eingebracht.

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenscu.
 Im Gebirgshoch nordwestlich von Odobesti erstickte ein württembergisches Gebirgsbataillon neben hannoverschen, mecklenburgischen und bayerischen Jägern mehrere verschanzte Höhenstellungen.



Die Kämpfe um Braila

An Rinnical Sarat-Abschnitt nahm das Westpreussische Deutsch-Ordens-Infanterie-Regiment Nr. 152 Slobozia und Kotești im Sturm.
 Südlich des Enzau ist die russische Brückenkopfstellung von Braila von deutschen Divisionen mit ausgeteilten österreichisch-ungarischen Bataillonen durchbrochen. Gurgueti und Romanul sind in heftigen Häuserkämpfen genommen. 1400 Gefangene und sechs Maschinengewehre blieben in der Hand der Sieger.
 Auf dem rechten Donauufer drangen deutsche und bulgarische Kräfte auf Braila und Galatz vor.

Mazedonische Front.
 Nichts Wesentliches.
 Der Erste Generalquartiermeister, Lubenski.

Abendbericht.
 Berlin, 5. Januar. Amlich.
 In der großen Salachet ist Rumänens Hauptstadts Braila von deutschen und bulgarischen Truppen genommen.
 Die Dobrudscha ist vollständig vom Feinde gesäubert.

Der österreichische Bericht.
 Wien, 5. Januar 1917. (S. I. B.) Amlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 In der Dobrudscha dringen die Verbündeten auf Braila und Galatz vor. — Südlich und südwestlich von Salina am Tuzen brachen österreichisch-ungarische und deutsche Truppen die feindlichen Linien. Es wurden 1400 Gefangene eingebracht. Bei Komanici erstickten deutsche Regimenter mehrere Ortschaften.
 Im Gebirge nordwestlich von Odobesti wurde der Feind aus einigen Höhenstellungen geworfen.
 Auch östlich von Kragujevac, bei Soveja und bei Carj schritten die Angriffe der Verbündeten vorwärts.
 Zwischen Dorna Watra und Gofanești starke Aufklärungs-tätigkeit der Russen. Die feindlichen Abteilungen wurden überall abgewiesen. Weiter nördlich bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften nichts von Belang.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Unverändert.
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Oeser, Feldmarschallleutnant.

Wilson's Aktion.

Die Friedensbemühungen sind noch nicht zum Abschluss gekommen.

Die Vermittlungsaktion des Präsidenten Wilson stößt auf den lebhaften Widerstand derjenigen Entente-Politiker, die von einer Fortsetzung des Krieges den Sieg über Deutschland erwarten. Nach einer New Yorker Meldung des „Gerald“, die „Gazette“ wiedergibt, soll Wilson ungehalten über die Bemühungen seiner Räte den Anschein eines gegen die Entente gerichteten Manövers zu geben, mitgeteilt haben, daß die Vorschläge und Befehle der Vereinigten Staaten den neutralen Staaten zu verstehen gegeben hätten: falls sie beabsichtigen, Schritte zu Gunsten des Friedens zu tun, sei der Augenblick hierfür günstig. Der „Gerald“ fordert Wilson auf, die Gründe bekanntzugeben, die ihn zu diesem Vorgehen veranlaßt hätten, damit der Verdacht, als ob die Vereinigten Staaten das Spielzeug der deutschen Regierung seien, zerstreut werde. („Frankf. Zig“).

„Daily News“ meldet und die „Frankf. Zig.“ berichtet aus Washington, daß Präsident Wilson mehr wisse von den deutschen Friedensbemühungen und Motiven als öffentlich bekannt sei. Es herrsche stark die Meinung vor, daß Deutschlands Friedensbemühungen noch nicht zum Abschluss gekommen seien, und daß weitere Vorschläge, die wahrscheinlich einen bestimmteren Charakter tragen, in Bälde gemacht werden.
 Auch ein Leitartikel des „Manchester Guardian“ spricht die Erwartung aus, daß die Zentralmächte ihre Friedensbemühungen nicht aufgeben und hofft, daß die Zentralmächte nach der Abgabe der Alliierten ihre Friedensbedingungen mitteilen.

In Übereinstimmung mit diesen Meldungen steht die Nachricht, daß Graf Andrássy in einer Neujahrsrede zu Budapest erklärt haben soll, die Entente könne die Friedensbedingungen der Mittelmächte von Wilson erfahren, dem sie bekanntgegeben werden sollten. Ein Teil der deutschen Presse hält diese Nachricht für durchaus ungläubwürdig und meint, daß die Mittelmächte ihre Bedingungen dem Präsidenten Wilson nicht mitteilen dürften. Offenbar fürchtet man den Anschein, als ob die Mittelmächte dem Frieden gar zu sehr nachstieben.
 Nun werden die Regierungen der Mittelmächte Wilson sicher nicht auf den Knien bitten, er solle Frieden machen, und sie wären zu diesem Zweck zu allem bereit. Aber den Bemühungen Wilsons, den Frieden wiederherzustellen, können sie, ohne sich selber untreu zu werden, keinen Widerstand entgegenzusetzen, sondern sie müssen diese Bemühungen fördern und Wilson zu diesem Zwecke mit allen Mitteln versehen, die ihm dienlich sein können.

Die Internationale als Kriegsfaktor.

Von Paul Lensch.

Darüber besteht wohl Einmütigkeit in der Partei: hätte die Entente an die Zentralmächte die Aufforderung gerichtet, in Friedensverhandlungen einzutreten, und wäre als Antwort eine Ablehnung erfolgt, wie sie jetzt die Entente erteilt hat, kein deutscher Sozialdemokrat würde mehr einen Pfennig Kriegskredite bewilligen. Die feindlichen Auslands-Sozialisten aber denken nicht daran. Die Franzosen lassen ihre Vertreter nach wie vor, soweit nicht Briand auf ihre weitere Mitarbeit selber schon verzichtet hat, im Ministerium sitzen und bewilligen glatt die neuverlangten Kredite. Die englischen Arbeitervertreter im Ministerium, die sich nicht einmal wie die Franzosen darauf berufen können, daß der Feind im Lande stehe, laufen geruchlos Lloyd George nach, wie sie bisher Asquith nachgelaufen sind und agitieren für die Fortsetzung des Krieges wie für einen Wahlsfeldzug. Und der Minister Vanderbelde schließlich, der famos Vorsitzende des „Internationalen Bureau“, der die Pläne der belgischen Regierung vor dem Kriege genau kannte, spricht auf dem französischen „Parteitag“ wie ein Werbegerant und legt sich für die Ablehnung des deutschen Friedensangebots ins Zeug.

Man wird zugeben müssen, daß sich dieser Sozialismus der „demokratischen“ Bestanden anders ausnimmt, als man ihn sich früher hier und da vorgestellt hatte. Auch jetzt, wo die Friedenssehnsucht der Völker selbst durch die brutalste Zensur nicht mehr unterdrückt werden kann, wo gleichzeitig für Frankreich besonders die begründete Aussicht besteht, einen Frieden ohne Gebietsverluste erhalten zu können, sind es die Sozialisten, die diese Friedensmöglichkeiten von sich weisen und sich den schuldbeladenen Personen, denen Frankreich ausgeliefert ist, als willige Kriegstreiber zur Verfügung stellen. Nicht als Friedensfaktor, sondern als ein Kriegsfaktor allerstärksten Grades hat sich dieser Sozialismus bewährt; das ist die bittere Erkenntnis, die sich für uns auf Grund der Ursachen ergibt und aus der es gilt, seine Konsequenzen zu ziehen.

Freilich gibt es in der deutschen Sozialdemokratie immer noch Kreise, die die Dinge so, wie sie sind, nicht sehen wollen, und die wir ein Bild gelten lassen, das lediglich in ihrer verschwommenen und sentimentalen Phantasie existiert. Sie haben es fertig bekommen, den Ausbruch des Krieges lediglich der „unangenehmen Krise“ der Gegner der Sozialdemokratie zuzuschreiben und sind schon am Werke, den kommenden Frieden als einen Erfolg der Sozialdemokratie zu buchen, wobei sie schon viel getan zu haben glauben, wenn sie „nicht verkennen“, daß „auch andere starke Kräfte“ mit der Sozialdemokratie zum großen Ziel zusammen gewirkt haben. Jedenfalls sprechen sie es aus, daß die Annahme des Friedens „nicht ohne die Inanspruchnahme der Internationale“ zustande kommen dürfte. Woher die Internationale, die beim Ausbruch des Krieges vollkommen versagt hat, die im Verlaufe des Krieges vollkommen zusammengebrochen ist und sich in den Trümmern ihrer Organisation — siehe Internationales Bureau mit Vanderbelde an der Spitze — als ein gefügiges Kriegsinstrument der Entente erwiesen hat, wacher diese nur noch in der Phantasie existierende Internationale plötzlich die Macht haben soll, das zu leisten, was noch keiner zustande gebracht hat, nämlich den Krieg zu beenden, ist völlig unerfindlich. Hier tauchen wieder die gefährlichen Zerwürfisse über die Macht der Internationale auf, die uns vor dem Kriege gründlich getäuscht haben, und mit einer Unbefangenheit, als sei der Krieg nur ein leeres Traumbild und eine schwache Erinnerung gewesen, nimmt man den internationalen Streitkräften wieder zur Hand und will dort weiter striden, wo man ihn am 4. August 1914 liegen gelassen hatte.

Sehen diese Harnlosigkeit ist ein Wort des Protestes notwendig. Man scheint zu glauben, daß einmal der Friede doch kommen muß, so müßten doch auch die französischen Sozialisten und englischen Arbeiterführer einmal wieder zur „Vernunft“ kommen. Bis dahin behelfe man sich am besten mit gutem Zureden, lasse ihre wilden Schmähworte und Kriegshetze unberücksichtigt und solle ihnen dann, wenn der Friede kommt, gerührt an die Brust: „Kommt, Bruderherz, ich hab's ja immer gesagt: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Und der Haas nimmt die Crete und alles ist wieder gut.

Allein ganz so idyllisch dürften sich die Dinge doch nicht vollziehen. Die französische Sozialdemokratie wird als organisationsfähiger Körper den Krieg überhaupt nicht überleben. Ihre inneren Gegensätze, die bisher durch die Phrase vom „Verteidigungskrieg“ überdrückt waren, werden jetzt, wo durch die Ab-

weisung des deutschen Friedensangebots der Krieg offen den Charakter eines festengestützten französischen Raubzuges erhalten hat, offen zutage treten und den niemals sehr kräftigen Parteikörper völlig ruinieren. Der alte Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften, der während des Krieges zurückgetreten war, ist bereits in neuer Form wieder entstanden, und läßt den problematischen Charakter der politischen Partei um so krasser hervortreten.

Die französische Sozialdemokratie war im Grunde niemals mehr gewesen, als ein kleinbürgerlicher Verein. Der eigentliche Träger des sozialistischen Gedankens, das industrielle Proletariat, hat ihr schon deshalb nicht den Stempel seiner Eigenart aufdrücken können, weil Frankreich selber ein kleinbürgerliches Land ist, das die Entwicklung zur modernen Großindustrie niemals vollendet hat. Die Ersparnisse des wirtschaftlich reichen Landes wanderten ins Ausland und halfen dort der ökonomischen Entwicklung, während in der Heimat die Produktivkräfte still zu stehen schienen — besonders im Vergleich zu ihrem stürmischen Aufschwung in Deutschland — und die Bevölkerungsziffer schon lange stagnierte. Hierin liegt der tiefste Grund für die politische wie intellektuelle Unfruchtbarkeit des französischen Sozialismus. In Jaurès erstand ihm der einzige überragende Kopf von internationaler Bildung und Bedeutung, der die spezifisch französische Sozialbörnerheit überwunden hatte. Dazu kam das historische Verhängnis des Zeitalters. Wenn man das achtzehnte Jahrhundert mit Recht das französische Jahrhundert genannt hat, so bedeutete das neunzehnte für Frankreich den Beginn des Absteigens. In der Welt regierte England, auf dem europäischen Kontinent kam Deutschland in die Höhe und begann Frankreich zu überhaken. Aber das starke französische Selbstgefühl konnte und wollte sich nicht in die veränderte Welt schiden. In aller Unbefangenheit glaubte es noch immer an der Spitze der Zivilisation zu marschieren, während die materiellen Nachmittel des Staates in immer größerem Widerspruch zu den Ansprüchen seiner Vertreter zu treten begannen. Spanien, das einen ähnlichen, wenn auch viel schnelleren Weg im 17. Jahrhundert von der Höhe seiner Macht zum Niedergang hatte zurücklegen müssen, wie Frankreich im neunzehnten, produzierte als einen speziellen Charaktertypus der Zeit den verarmten, aber unendlich stolzen Hidalgo, den Hidalgo, dessen weltberühmter Vertreter uns Cervantes in dem Ritter von der traurigen Gestalt vorgeführt hat. Einen ähnlichen Typus hat Frankreich, wo die volle Wirkung seines politischen wie materiellen Niedergangs freilich erst nach dem Kriege eintreten wird, bisher nicht entwickelt; immerhin lag es doch schon lange wie eine böse Komik über der Situation, wenn die selbstbewußte französische Sozialdemokratie mehr als ein wortgewaltiges Sympathietelegramm aufbringen konnte. Das Zahlen überließ sie den Deutschen.

So kam es, daß dieses im vollen Niedergang sich befindende Land in einen Krieg gestürzt wurde, in dem sich zwar noch einmal die wunderbare Zähigkeit und Todesverachtung dieser großen Nation im vollen Lichte zeigte, den es aber lediglich um fremder Ziele willen führt. Der Weltkrieg ist für Frankreich keine Lebensfrage, im Gegenteil, mit seiner jetzigen durch den Krieg so geschwächten Volkskraft wäre Frankreich noch weniger als früher imstande, das deutsche Grenzland national und wirtschaftlich zu absorbieren. Es führt den Krieg objektiv im Dienste Englands, die das die französischen Soldaten nicht viel mehr sind als die Söldner oder die Kollaborateure. Diese Rolle Frankreichs im Weltkrieg nicht erkannt zu haben, ist das historische Verhängnis der französischen Sozialisten. Niemand mutet ihnen zu, ihr Land im Stich zu lassen und etwa in der Stunde der Gefahr die Phalanx zu verlassen, die der alte Vaillant oder Herbe vor dem Kriege über Militärstreik losgelassen hatten, durchzuführen. Sie aber verstanden ihre Zeit nicht, und als die deutschen Armeen in Frankreich einbrachen, träumten sie davon, die Jellen von Valmy und der Jakobiner seien wiedergelehrt. Wie Danton und Robespierre die Minister der Revolution wurden, als das Vaterland in Gefahr war, so schlüpfen jetzt die Guesde und Sembat in den Ministerstuhl und Vaillant wurde der Ratat von 1914. Herbe aber war das Schwert und die Flamme der französischen Sozialdemokratie. Ihm war es heiliger Ernst damit, wenn er in Frankreich das Volkwerk der Demokratie und der Freiheit pries, nur merkte er nicht, wie er und sein Land schon lange aus Komödianten der Freiheit zu Marionetten der Reaktion geworden waren. Jetzt stand das „demokratische“ Frankreich als Scherbe Russlands und Englands im Dienste jener beiden Weltmächte der Reaktion, gegen die bis zum letzten Atemhauch gekämpft zu haben, einst Ruhm und Ehre des revolutionären Frankreichs gewesen war.

Und aus diesem weltgeschichtlichen Widerstandnis öffnet sich der französischen Sozialdemokratie kein Ausweg mehr. Die Halbargerei zwischen der Mehrheit unter Renaudel und der Minderheit unter Longuet sind wirklich nicht der Rede wert. Die leisen Schattierungen, in denen sie sich unterscheiden, kann man nur mit der Lupe entdecken. Jedenfalls haben beide Richtungen der Erklärung zugestimmt, mit der Renaudel Ende Dezember die Bewilligung der neuen Kredite trotz des deutschen Friedensangebots begründete. Die Situation vom Jahre 1870, die die Differenzen in der deutschen Sozialdemokratie mit einem Schlage beseitigte und die Einheit wieder herstellte, als nämlich die eigene Regierung den Friedensvorschlag des Feindes ablehnte, lediglich um ihr Annexionsprogramm durchzuführen, hat sich hier genau wiederholt. Nur ist es diesmal die deutsche Regierung, die den Frieden vorschlägt, und die französische ist es, die ablehnt, da sie Eroberungen zu machen hofft. Aber der französischen Partei wird aus der gleichen Lage nicht der gleiche Segen erblühen. Nicht der Einheit geht sie entgegen, sondern dem völligen Zerfall. Das hat sich schon jetzt erwiesen, wo sie nicht imstande war, die einzig mögliche Antwort auf den deutschen Friedensruf zu geben. Die zunehmende Opposition der Gewerkschaften zu der Haltung der Partei, die sich bereits in der Resolution der letzten Gewerkschaftskonferenz zu Weisungen deutlich ankündigt, wird ihr Teil dazu beitragen, den Zerfallsprozess des französischen Sozialismus noch zu beschleunigen.

Daß die französischen Gewerkschaften ihrerseits den Grundstock zum Aufbau einer französischen sozialistischen Arbeiterpartei abgeben könnten, ist ein naheliegender Gedanke. Allein allzuviel darf man sich davon nicht versprechen. Die Voraussetzung einer starken Gewerkschaftsbewegung, eine lebendige wirtschaftliche Entwicklung, fehlt in Frankreich. Und für die Zeit nach dem Kriege sehen die Aussichten erst recht trübe aus. Gewiß wird auch in Frankreich wieder eine internationale Arbeiterbewegung entstehen, und das französische Proletariat wird in der dritten Internationale seinen Platz

ausfüllen. Nur hüde man sich nicht ein, daß sei schon morgen getan. Die Stellung eines großen Staates ist furchtbarer durch den Krieg erschüttert, als die Stellung Frankreichs. Das wird sich am Selbe seiner Arbeiterklasse auf lange Jahre mit furchtbarer Deutlichkeit konstatieren lassen.

Entente-Konferenz in Rom.

Wie der „Corriere della Sera“ aus Rom meldet, sind dort gestern morgen die Vertreter des Viererbundes eingetroffen. Sie wurden vom Ministerpräsidenten Bojelli und Minister des Auswärtigen Sonnino empfangen, und die italienischen Blätter zögern nicht, ihre Worte so zu setzen, daß die Konferenz als ganz große Sache auf die Bühne rückt. Wünsche, Meinungen, Gerüchte schieden sich in lebhaftem Gedränge ineinander, und wenn sie auch den Zweck der Konferenz nicht enthüllen können, so lassen sie doch erkennen, daß Italien der Säule an vielen Stellen drückt. Das wäre nun nicht gerade etwas Neues. Aber es ist doch wichtig, daß es sich in diesem Augenblicke wiederum verrät.

Man muß sich daran erinnern, wie die ersten Zeichen des Zusammenbruchs Rumäniens auf Italien wirkten. Der Schrecken war groß. Die Befürchtung wurde sofort laut, daß deutsche Heere in Rumänien über kurz oder lang frei werden und sich auf Italien stürzen könnten. Das war das eine. Das nächste, was Italien aufs engste berührte, war der Aufstand in Athen, der eine neue Phase der Entwicklung der griechischen Angelegenheiten eröffnete. Die Entente bewies, daß sie mit Griechenland nicht fertig werden kann, und die Lösung, die sie sucht, schreit Italien abermals. Sie wendet Venizelos offen ihre Hilfe zu: sie organisiert ihm den Staatsstreich. Venizelos aber bedeutet keine Förderung der Ziele Italiens, die im östlichen Mittelmeer liegen. Der Widerstand Italiens gegen diese Wendung zeigt sich deutlich genug: die drei sogenannten Schutzmächte Griechenlands haben in schneller Folge nacheinander Venizelos' Regierung offiziell durch Ernennung von Vertretern anerkannt, aber Italien hält sich zurück.

Als das deutsche Friedensangebot die Entente überraschte, stimmte Italien nicht mit derselben Elle wie Russland, Frankreich, England in den Ruf vom Krieg bis ans Ende ein. Es floppte merklich nach. Man durfte daraus schließen, daß es noch einer Erinnerung von seinen Alliierten bedürftig hatte, um Sonninos zweite Rede herauszuholen. Jetzt aber müssen die Schwierigkeiten, Italien mitzugeben, noch erheblich größer sein. Diese Vermutung drängt der große Apparat auf, den die Entente-Regie plötzlich spielen läßt. Und in dem Augenblicke, wo die leitenden Beronen der Entente in Rom ein treffen, stimmen tonangebende Blätter Italiens ein Lied an, aus dem aufs allerdeutlichste das Motiv heraustritt, daß die Unfähigkeit der Entente, es zu einer militärischen Einheitsaktion zu bringen, als sehr bedrückende Tatsache empfunden wird, und daß außerdem Italien drinabsicht hofft, auf seinen besonderen Kriegsschauplätzen unterstützt zu werden. Denn Italien sei jetzt der Hauptplatz des Kriegstheaters geworden. Vier fündigt sich diplomatische Vorteilsrechnung an.

Faßt man alle Zeichen und Wünsche, die der Augenblick hervorkreuzen läßt, zusammen, so ergibt sich, daß Italien der Meinung scheint, die Stunde sei ihm günstig, nachdrückliche Forderungen an die Entente zu stellen. Die Reise der Entente-Minister macht in der Tat den Eindruck, daß Italien Trümpfe auszuspielen in der Lage ist.

Lugano, 5. Januar. „Secolo“ legt dar, die Einheitsaktion sei bisher nur eine journalistische Beschönigungsformel gewesen, nunmehr müsse sie zur Wirklichkeit werden. Er weist jedoch auf das Verlangen gewisser Kreise zurück, daß Italien Truppen nach einem Nachbarstaate senden möge, im Gegenzug müsse es für die Zwecke seiner eigenen wirksamen Verteidigung und einer starken Offensivaktion die höchsten Sicherheitsmaßnahmen ergreifen. Die Mittelmächte müßten an ihrem schwachen Punkte getroffen werden, und dieser bestünde sich nicht an der Westfront. Des weiteren läßt der „Secolo“ durchblicken, daß innerhalb der italienischen Regierung eine gewisse Kriegsmüdigkeit eingetreten war, die aber jetzt überwinden sei. Es sei jedoch keineswegs böser Wille, wenn eine solche Müdigkeit bestanden habe, die Schuld liegt wo anders. Inbessenen müßten jetzt alle Zweifel aufhören, man müsse die einheitliche Disziplin Deutschlands nachahmen.

Aus den Darlegungen des „Corriere della Sera“ geht hervor, daß das italienische Volk durch das deutsche Friedensangebot tief berührt worden ist. Das Blatt erklärt, die deutschen Friedensentwürfe hätten das bisher klare Wasser im italienischen Volke getrübt. Die Staatsmänner müßten diese verführerischen Störungen der öffentlichen Meinung im Auge behalten. Zur Rettung des Landes müsse die Konferenz den Siegesglauben wieder herstellen. Die Entente müsse nunmehr endlich die deutsche Methode der Einheit und der Kriegsführung nachahmen, um sich den Endsieg zu sichern. Bemerkenswert ist die Betonung des Blattes, daß die italienische Front jetzt zum Hauptkriegsschauplatz geworden sei, womit wohl angedeutet werden soll, daß Italien die Forderungen, nach außerhalb Truppen abzugeben, in absehendem Maße beantragen würde. Schließlich meint der „Corriere della Sera“, wenn die Entente über Feldherren verfüge, die nicht schlechter seien wie die auf deutscher Seite bei der rumänischen Intervention, dann würde die Konferenz nicht zu spät sein.

Der „Corriere della Sera“ behauptet, auf der Konferenz würde die Salonifrage ihre Lösung finden.

Lugano, 4. Januar. Gerüchtere verläutet, daß diese Zusammenkunft durch die angebliche Reizung Italiens, mit den Mittelmächten eine Verständigung über einen Separatfrieden zu suchen, veranlaßt worden sei. Andererseits heißt es, daß diese Zusammenkunft bezwecke, eine Einheitsaktion gegen Griechenland zu schaffen.

Englischer 14000 Tonnen-Dampfer versenkt.

London, 4. Januar. Amisch. Der Transportdampfer „Jernia“ (Gunnard Line 14278 Br.-R.-Z.) ist im Mittelmeer bei schlechtem Wetter am 1. Januar von einem feindlichen U-Boot versenkt worden. Er hatte Truppen an Bord. Vier Militärschiffe und 146 Mann wurden vernichtet. Die Verbleibe an Schiffsoffizieren und Besatzung sind noch nicht eingehend bekannt. Man hofft aber, daß die einzigen vermißten Schiffsoffiziere der Besatzung und der erste Maschinist sind.

Eine spätere Bekanntmachung der Admiralität teilt mit, daß nach späterer Meldung die Zahl der von der „Jernia“ vermißten Mannschaften 120, von der Besatzung 35 betrage.

Die Schifffahrt in der Nordsee.

Kopenhagen, 5. Januar. Da die Schifffahrt in der Nordsee infolge der kalten und dunklen Winternächte mehr gefährlicher geworden ist, zumal auch alle Küstenleuchttürme ausgeblüht sind, hat eine große Anzahl dänischer Segelschiffe nun die Fahrt nach England eingestellt; dazu kommt, daß die Engländer die Schiffe zwingen, auf der Einfahrt Grubenholzladung mitzuführen, in ihnen sonst die Einnahme von Kohlenladung als Ballast verweigert wird. Da aber Grubenholz als Baumware erachtet ist und die Schiffe mit solchen Ladungen häufig von deutschen U-Booten angegriffen werden, sind die Fahrten nach England auch aus diesem Grunde jetzt mit so großer Gefahr verbunden, daß die Reederei der Segelschiffgesellschaften es nun vorzieht, die Schiffe vorläufig den Winter über im Hafen stilllegen zu lassen. (Köln. Zig.)

Die englisch-norwegische Kohlenkrise.

Kristiania, 5. Jan. Zur Kohlenkrise und der das größte Aufsehen erregenden Mitteilung der britischen Gesandtschaft über die Unstimmigkeiten zwischen der englischen und norwegischen Regierung teilt „Tidens Tegn“ mit, daß die englische Regierung bereits vor 14 Tagen dem norwegischen Gesandten in London eine Denkschrift über die norwegischen Stiel- und Schwefelkiesausfuhrverbote ausgehändigt habe, die die Lage besonders ernst mache. „Tidens Tegn“ habe England die Kohlenperre als Gegenmaßnahme angekündigt. Die norwegische Regierung habe drohend mehrere Perzentagen abgehalten. (Köln. Zig.)

Kristiania, 5. Jan. (B. Z. N.) Sofort nach dem Zusammentritt des Sitzungs mit der Minister des Auswärtigen Mitteilungen über die mit der englischen Regierung geführten Verhandlungen betreffend die englischen Klagen über die Ausfuhr von Fisch- und Schwefelkies, die England als unvereinbar mit den zwischen den beiden Regierungen getroffenen Übereinkünften ansieht, machte.

Der eingestellte Kanalverkehr.

Kristiania, 5. Januar. „Aftenposten“ zufolge berichtet der Kapitän des versenkten norwegischen Dampfers „Bogn“, der Verkehr zwischen England und Frankreich scheint jetzt aufgehört zu haben. Früher seien täglich viele Schiffe im Kanal verkehrt, jetzt kreuzt man auf der ganzen Weite kein einziges Schiff, dagegen zahlreiche Tauchboote. (Frankf. Stg.)

U 46 heimgekehrt!

Berlin, 5. Januar. Das deutsche U-Boot U 46, das nach dem englischen Goldhubericht am 21. Dezember 1918 auf der Höhe von St. Nazaire versenkt sein soll, ist wohlbehalten in seinen Heimathafen zurückgekehrt.

Auch ein anderes deutsches U-Boot kommt für die von unseren Gegnern gemeldete Versenkung nicht in Frage.

Selbstverständlich sollte das U-Boot nach englischen und französischen Meldungen im Golf von Biscaya versenkt worden sein. Die Franzosen teilten sogar den Namen des Torpedobootzerstörers mit, dem angeblich die Versenkung gelungen war. Es sei noch festzustellen, daß auch kein anderes deutsches U-Boot in Frage kommen kann.

Friedenshoffnungen im Norden.

Kopenhagen, 3. Januar. Die Neutralen im Norden und ganz besonders die Arbeiterklassen wollen trotz der ablehnenden Antwort der Entente die Friedenshoffnungen nicht aufgeben. Namentlich die dänische Sozialdemokratie, die in der letzten Zeit eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet hat, um die Bande der Internationalen neu zu knüpfen, hält dem Beginn vorbereitender Verhandlungen nicht für gänzlich ausgeschlossen. Anlaß zu dieser Ansicht bietet unter anderem die vom dänischen König am Neujahrstage gehaltenen Rede, der das Parteigebäude „Social-Demokraten“ längere Ausführungen widmet. Es sagt unter anderem:

„Es hat große Aufmerksamkeit erregt, daß der dänische König, der ja mit den Kriegführenden nächstgruppen besonders gute Verbindungen hat, in seiner Neujahrrede die Hoffnung ausdrückte, daß der Keim, der sich in der letzten Zeit zeigte, auch wachsen und zu einem dauernden Frieden führen werde. Auch verleiht aus diplomatischen Kreisen in Kopenhagen, daß vorbereitende Verhandlungen nicht als ausgeschlossen anzusehen seien.“

Man darf dem scharfen Ton der Engländer wie der deutschen Presse nicht allzu große Bedeutung beimessen. Es dürfte dort ein Teil Komödie liegen. Es gilt ja auf beiden Seiten die Kriegsführung der Bevölkerung wach zu halten, für den Fall, daß die vorbereitenden Schritte zu keinem Ergebnis führen sollten.

Diese Vorgänge will das Blatt mit denjenigen vergleichen, die bei Beendigung eines jeden Streiks, jeder Auslieferung wahrzunehmen sind. In der Presse werden dann in der Regel von beiden Seiten die allerhöchsten Töne angeblasen, — gerade in den Tagen, wo die Vorbereitungen zum Vergleich beginnen.

Zu der Haltung der Kopenhagener bürgerlichen Presse äußert sich „Social-Demokraten“ folgendermaßen:

„Daß die Kopenhagener bürgerliche Presse die Lage sehr pessimistisch ansieht, und durch Verbreitung tendenziöser Telegramme aus London und Paris dazu beiträgt, diese düstere Ansicht von den Friedensaussichten zu fördern, dürfte mit einer bestimmten Absicht in Verbindung zu bringen sein. Man will die öffentliche Stimmung irre führen. Man hofft hierdurch noch eine kurzzeitige Erregung auf der heimatischen Börse herbeiführen zu können, bevor die Friedensverhandlungen und der Friede selbst den großen Kurssturz bringen.“

Auch eine schwedische sozialdemokratische Stimme, die sonst gewöhnt ist, den meisten Maßnahmen der Entente Befall zu erteilen, hat diesmal einen anderen Ton erhalten. Hjalmar Branting hofft auf Verbindlichkeit seitens der Entente. Im Stockholmer „Social-Demokraten“ schreibt er nach der Behauptung, daß das deutsche Friedensangebot allzu siegesmäßig und ohne Richtlinien zum Scheitern verurteilt war, u. a.:

„Aber dies hindert nicht, daß auch eine bestimmte Abweisung in der betreffenden Art gegeben kann. Es darf als schmerzhaft angesehen werden, daß die Antwort an Präsident Wilson nicht nur einen Hinweis auf diese Note (die Antwort an die Zentralmächte) enthalten wird, wie gerüchtere verlautet. Durch einen ganz anderen Ton gegen ihn würde man sich wieder den Elementen innerhalb der weltanschaulichen Demokratie nähern, welche bei voller Erkenntnis der fürchterlichen Verantwortung der Zentralmächte als Angreifer doch kaum gestimt sein werden, die jetzt erteilte Antwort als Ausdruck der ganzen Auffassung dieser Demokratie gütig zu bezeichnen. Ferner weist Branting auf die Resolution der Sozialdemokraten der Alliierten Länder hin, die ihr Londoner Kongreß 1915 beschloß und der zufolge war ein Sieg erkämpft werden sollte, er dürfe aber nicht dazu führen, dem deutschen Volke etwas von seinem guten Recht zu rauben.“

Amerikanische interparlamentarische Union.

London, 5. Januar. (Z. U.) Die brasilianische Kammer nahm nach einer Meldung aus Rio de Janeiro einen Gesetzentwurf an zwecks Schaffung einer amerikanischen interparlamentarischen Union, welche sich mit der Beratung von amerikanischen internationalen Fragen beschäftigen und alle vier Jahre tagen soll. Die erste Versammlung soll in Rio de Janeiro stattfinden.

Änderungen im österreichischen Ministerium des Aeußern.

Der Berufung des Grafen Czernin zum Leiter des Ministeriums des Aeußern folgen jetzt Änderungen in der Besetzung der Sektionsposten. Das Wiener K. K. Tel.-Korrespondenz-Bureau meldet:

Der Erste Sektionschef im Ministerium des Aeußern Votischer Freiherr v. Rache ist in den Ruhestand getreten. Mit seinem Amt ist auf Kriegsdauer Votischer Baron Ladislaus Müller von Szentgoergh betraut worden. Votischer Graf Forgach übertrug ebenfalls auf dem Ministerium. Auf die von ihm bisher besetzte Stelle eines zweiten Sektionschefs im Ministerium des Aeußern tritt der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Freiherr v. Platen.

Die Reubesetzung des Postens des Ersten Sektionschefs ist darauf zurückzuführen, daß dieser Posten einem ungarischen Diplomaten übertragen zu werden pflegt, sobald der Minister österreichischer Staatsangehöriger ist.

Die Tschechenführer begnadigt.

Schwere verschärfte Kerkerstrafe statt Todesstrafe.

Wien, 4. Januar. Der Kaiser hat Dr. Karl Kramarz, Dr. Alois Rasin, den Sekretär der „Rarobni Listi“ Gerbinka und den Privatbeamten Jamagal begnadigt. Die verhängte Todesstrafe wurde in schwere verschärfte Kerkerstrafe umgewandelt, und zwar erhielten Kramarz 15 Jahre, Rasin 10 Jahre, Gerbinka und Jamagal je 6 Jahre.

In der Begründung des Urteils gegen Dr. Kramarz und Genossen heißt es: Das österreichische Urteil stellte fest, daß Kramarz als Führer der panslawistischen Propaganda und der tschechischen revolutionären Bewegung durch bewußtes Zusammenwirken mit auf die Verherrlichung der Monarchie abzielenden Bewegungen sich vor und nach Ausbruch des Krieges gegen den eigenen Staat betätigte. Sowohl im feindlichen wie im neutralen Ausland setzte eine weitverzweigte organisierte revolutionäre Propaganda ein, die auf Bildung eines von Österreich-Ungarn unabhängigen Staates mit allen Mitteln, wie Herausgabe von Zeitschriften, die beinahe ausschließlich dem Austrittsgedanken gewidmet sind, Veröffentlichung von Aufrufen, Veranstaltung von Kongressen und Organisation tschechischer Freiwilligenlegionen in Rußland, Frankreich und England hinarbeitete. Unter den Personen, welche diese Propaganda im Ausland betrieben, führt das Urteil den nach Kriegsausbruch geflüchten Abgeordneten Kramarz sowie den aus der Front zum Feinde desertierten Fabrizij Paul Duriš an.

Das Urteil nimmt weiter als erwiesen an, daß schon lange vor Ausbruch des Krieges von einzelnen tschechischen Politikern, insbesondere Kramarz, unter der Maske des Koslawismus eine Bewegung ins Leben gerufen und gefördert wurde, die die Loslösung der tschechisch-slawischen Gebiete von der Monarchie bezweckte und vorbereitete. In dieser Bewegung liegt nach der Uebersetzung des Kriegsgerichts die Hauptursache und der Ursprung aller Kriegsverbrechen und schwererster Ereignisse im Inlande und Auslande. Nach der gerichtlichen Uebersetzung sind auf noch Tausende der Angeklagten jene hellagewertigen Erklärungen zurückzuführen, die im Laufe des Krieges bei einem Teile der tschechischen Bevölkerung zulage getrieben und dem erfolgreichen Ablauf des Krieges bedeutende Hindernisse in den Weg legten.

Es wird insbesondere auf die Verbreitung bösewärtiger russischer Propaganda in Böhmen und Mähren, auf vorgetragene Sympathieäußerungen für den Feind, Unterlassung der von verschiedenen tschechischen Führern beabsichtigten Sozialitätstungebung der tschechischen Abgeordneten u. m. hingewiesen. Das Urteil führt weiter als Früchte der Agitation Kramarz und Rasin das pflichtverweigernde, jeder Kameradschaft höhnernde Verhalten mancher tschechischer Kriegsgefangener im feindlichen Auslande, die Unerschlichkeit von Mannschaften einzelner Truppenkörper und die staatsgefährlichen Ausfahrungen bei einzelnen tschechischen Truppen an.

Die amtliche Mitteilung knüpft der Veröffentlichung der wesentlichen Punkte der Urteilsbegründung Bemerkungen an, in denen gesagt wird: So unerfreulich das Bild auch ist, das die Verhandlung über die gesamte tschechische Organisation entwirft, so hat doch andererseits die Verhandlung erwiesen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des tschechischen Volkes und seiner Führer der verbrochenen Agitation erliegen ist. Es wird anerkannt, daß sich die überwiegende Mehrzahl der tschechischen Soldaten hervorragend geschlagen hat.

Bulgarien an die Schweiz.

Für internationale Staatensordnung.

In der Antwortnote Bulgariens an die Schweiz wird das Bestreben des Schweizer Bundesrats zur Andäherung des Friedens „mit Dankbarkeit und Sympathie“ begrüßt und weiter ausgeführt:

Die königliche Regierung teilt vollkommen die Ansicht, daß der Friedensschluß des Vorpies zu einer allgemeinen Mitarbeit der Staaten zur Schaffung einer internationalen Ordnung sein sollte, die künftig jeden Krieg unmöglich machen könnte.

Es ist selbstverständlich, daß Bulgarien hier nicht nur seine eigene Meinung, sondern die Geltendmachung der Mittelstaaten zum Ausdruck bringt. In gleichem Sinne hatte sich schon der Reichskanzler in seiner Rede vom 9. November geäußert.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 4. Januar. Amtlicher Heeresbericht. Kaukasusfront. Infolge anhaltender Schneestürme sind die militärischen Unternehmungen nahezu vollständig.

In den andern Fronten kein Ereignis von Bedeutung. Der Stellvertretende osmanische Oberbefehlshaber.

Der Seekrieg.

U-Boot-Beute.

Berlin, 5. Januar. Ein deutsches U-Boot, das in diesen Tagen zurückgekehrt ist, hat in elf Tagen elf Schiffe versenkt, darunter fünf mit Kohlen für Frankreich und Italien beladene Dampfer von zusammen 15 000 Tonnen.

Bericht. Lloyd's meldet: Die griechischen Dampfer „Dimitros Gulasbris“ und „Aristoteles“ und der spanische Dampfer „San Leandro“ sind versenkt worden.

Man glaubt, daß der norwegische Dampfer „Obba“ versenkt worden ist. Der norwegische Dampfer „Gorra“ wurde versenkt. Der Dampfer „Frederik“ (1872 Tonnen) aus New York gilt als verloren. Die Dampfer „Pelaho“ (1641 Tonnen spanisch) und „Serdikan“ (2034 Tonnen britisch) sind fast überfällig. Lloyd's meldet, daß der griechische Dampfer „Tziropinas“ (2015 T.) torpediert wurde. 25 Mann der Besatzung wurden gefangen. Man glaubt, daß der norwegische Dampfer „Helgoy“ (1806 T.) versenkt wurde.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Rückgang der Getreideproduktion in Frankreich. Minister Clemenceau teilte im Senat mit, daß die französische Getreideproduktion während des Krieges von 85 Millionen Doppelzentner im Jahre 1913 auf 60 Millionen Doppelzentner im Jahre 1915 und auf 58 Millionen im Jahre 1916 zurückgegangen ist. Da 20 Proz. der Felder brach lagen, müßten herbeigekaufte Soldaten zu deren Bestellung herangezogen werden. Die „mobilisierten Bauern“ seien bestimmt, ihre eigenen Felder ausgiebig zu bebauen. Um die Getreideproduktion zu heben, bedürfe es der wirtschaftlichen Hilfe des Heeres.

Politische Uebersicht.

Die man Ausnahmegeetze vorbereitet.

Die freikonservative „Post“ beschäftigt sich, was uns so seit Wochen nichts Ungewöhnliches ist, einmal wieder ein Langes und Breites mit dem „Vorwärts“ und seiner Friedenspolitik, die sie mit der geistvollen Bemerkung abtun zu können glaubt, der „Vorwärts“ möchte erst einmal im eigenen Hause der Sozialdemokratie für Liebe und Freundschaft sorgen. Diese Wendung gibt dann der „Post“ Anlaß, sich unserer geistigen Auseinandersetzung mit der Barieiminderung und ihrer Konfession zuzuwenden. In unseren Ausführungen über die notwendig kommende Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung wittert sie etwas — Gefahr oder Morgenluft, es mag dahingestellt bleiben, — denn sie orakelt:

Auch wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie späterhin wieder in einem Lager zusammenschließt. Nur fürchten wir, daß diese Einheit dann mehr charakteristische Züge aus der heutigen Rinderheit als aus der Mehrheit aufweisen würde. Wie die Dinge heute laufen, wie der „Vorwärts“ schreibt und wie Herr Scheidemann spricht, wie auf einer großen Straße der sozialdemokratischen Front unaufhörlich mit dem Begriffe Frieden operiert wird, scheinen Anzeichen über Anzeichen für diese Möglichkeit aufzuweisen.

Die Friedenspolitik des „Vorwärts“ oder Scheidemanns als ein Hinneigen zur Rinderheit anzulegen, ist natürlich sinnlos für jeden, der das Wesen und die wirklichen Unterschiede der verschiedenen Richtungen in der Sozialdemokratie kennt. Aber uns scheint der Grund des Wanders klar: Schon lange sieht man in gewissen Kreisen den kommenden Friedenszeiten mit etwiger Angst entgegen, in denen man die Arbeiterbewegung nicht mehr in trügerischer bequemer Manier mit den Schlagworten „antinationale“ und „vaterlandlos“, sowie einer entprechenden Ausnahmebehandlung wird bekämpfen können. Deswegen sucht man jetzt von dieser Seite her das alte Thema mit Gewalt aufleben zu lassen und irgendwie aus der Haltung der sozialdemokratischen Partei zum Friedensschluß oder zur Frage der Annexionen ein antinationales Moment herauszuinterpretieren. So hofft man, daß noch schließlich eine Basis zu finden, von der aus man erneut Ausnahmegeetze und Ausnahmebehandlung gegen die Sozialdemokratie fordern kann. Wir regen uns darüber nicht auf in der festen Ueberszeugung, daß die große Mehrheit des Volkes nicht zu so widersinnlichem Denken getrieben werden kann, um in Millionen Männern, die mit ihrem Blut das Vaterland verteidigt haben, Feinde dieses Landes zu sehen.

Die auffällig informierte „Kreuz-Zeitung“.

Zum soundso vielen Male führt die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer Abendausgabe vom Freitag hinter geheimen Verbindungen zwischen der deutschen Regierung und der Sozialdemokratie her. Nach ihrer Ansicht hat die Deffektivität allen Anlaß, bezüglich der Friedenspolitik unserer Regierung „schwarz in die Zukunft zu sehen“. Denn:

In einem Vortrag in München hat der Abgeordnete Scheidemann am Mittwochabend von neuem erklärt, daß das englische und französische Volk den Frieden haben möchten und ihn verlangen würden, wenn sie wüßten, wie verhältnismäßig leicht sie ihn bekommen könnten. Man müsse hierüber folgende Neußerungen Erzengel Hammanns aus seiner Unterredung mit dem Vertreter der Transocean-Rocherengeseilschaft: „Es ist gerade so, als ob die Entente eine gewisse Angst davor hätte, diese Bedingungen der Zentralmächte anzunehmen. Befürchten die Inspektoren der rote etwa, daß die Bedingungen der Zentralmächte viel zu vernünftig und zu mäßigoll sein würden, als daß sie jöhren die Ablehnung dieser konkreten Bedingungen vor der Friedensschluß ihrer eigenen Völker hätten verantworten können? Die Sozialdemokratie hat sich ja auch früher in der Friedensfrage am besten unterrichtet gezeigt. Ueber das Ergebnis der Untersuchung, die Aufklärung darüber schaffen sollte, weshalb sozialdemokratische Blätter über den Gegenstand der Reichstagsrede vom 12. Dezember schon vorher berichten konnten, hat man bis jetzt nichts gehört. Die gleichen Ränke mögen ja auch Herrn Scheidemann seine Wissenschaft von den Friedensbedingungen der Regierung zugeführt haben. Die Regierung sollte bei der Feststellung ihrer „vernünftigen“ und „mäßigen“ Bedingungen aber nicht bloß die Wirkung auf unsere Gegner und die Neutralen, sondern auch die auf das deutsche Volk im Auge haben.“

Wir müssen das Lob der besonderen Information in aller Bescheidenheit zurückgeben. Denn am Morgen des gleichen Freitag hat ein konservatives Blatt, nämlich die „Kreuz-Zeitung“ selber zur Begründung dessen, daß jetzt von weiteren Verhandlungen nicht mehr die Rede sein könne, folgendes ausgeführt:

„Dazu kommt, daß die Friedensbedingungen, die wir in die angebotene Konferenz mitbringen wollten, in der Absicht aufgestellt waren, durch welches Entgegenkommen unsere Friedensblöcke zu beweisen. Nachdem diese Absicht vereitelt und schroff zurückgewiesen worden ist, hat jenes Programm nunmehr seine Gültigkeit verloren. Die Ablehnung unseres Angebotes hat eine vollkommen neue Sachlage geschaffen, hat den Willen unserer Feinde, uns zu vernichten, aus neuer Klarheit ins Licht gestellt und daher auch neue Grundlagen für die Beurteilung der Frage gegeben, was in Zukunft nötig ist, um unser Volk zu sichern.“

Nach diesen Neußerungen zu schließen, muß doch die „Kreuz-Zeitung“ ganz besondere Informationen darüber besitzen, welche die Friedensbedingungen sind, die Deutschland zur Konferenz mitbringen wollte; ebenso über eine angebliche Korrektur dieser Friedensbedingungen auf Grund der Entente. Von wem kommt jetzt diese Wissenschaft? Auf Grund welcher Mitteilungen stellt sie ihre Behauptungen auf? Oder darf nur sie sich wundern und entrüsten?

Veränderung im Kriegsministerium.

Der Direktor des Zentraldepartements im Kriegsministerium, Oberst Hoffmann, scheidet aus diesem Amt, um das Kommando einer Brigade im Felde zu übernehmen. Sein Nachfolger im Kriegsministerium wird Oberstleutnant Waij. — Oberst Hoffmann hatte während der Parlamentszeit den Verkehr mit den politischen Parteien zu führen, eine Aufgabe, die er mit großem Geschick löste.

Der Brand des Dresdener Artilleriedepots

Dresden, 5. Januar. (Z. U. B.) Um die entstehende große Beunruhigung zu beheben, können wir auf Grund uns geordneter durchaus zuverlässiger Angaben mitteilen, daß der am 23. Dezember 1916 im Magazingelände des Artilleriedepots Dresden ausgebrochene Brand lediglich durch einen Unglücksfall bei Untersuchungen aus dem Felde heringekommener minder brauchbarer Munition entstanden und daß irgend ein Anschlag völlig ausgeschlossen ist.

Die explodierten Geschosse wurden fortgeschleudert. Es entzündeten sich nach und nach eine Anzahl von Arbeitstätten und Magazinen des Artilleriedepots, so daß ein Teil der dort lagernden und in der Fertigung befindlichen Munition verlorengegangen ist.

In den erhalten gebliebenen Arbeitstätten ist der Betrieb bereits wieder im Gange. Die in den abgebrannten Betrieben vorgenommene Arbeiten werden schnellstens nach den an anderen Orten im Bau befindlichen Anlagen verlegt, so daß die Störung baldigst behoben wird.

Zu der vielfach in der Stadt geäußerten Befürchtung einer Dynamitexplosion ist zu bemerken, daß Dynamit überhaupt nicht vorhanden war. Durch die Explosion wurden auch die benachbarten schifflichen Institute infolgedessen in Mitleidenschaft gezogen, als viele Oberlichter und Glasfenster zertrümmert wurden, während die Maschinen so gut wie gar keine Beschädigungen erlitten haben. Vielmehr ist der Betrieb der Institute zum großen Teil bereits wieder aufgenommen und wird den bisherigen Umfang in wenigen Tagen erreicht haben, sobald die Glasfenster beseitigt sind.

Ein größerer Schaden ist lediglich durch den teilweisen Einsturz des Daches der im Bau befindlichen Schmiede entstanden. Die für diese Schmiede bestimmten Maschinen werden in anderen Räumen vorläufig Verwendung finden.

Tauf der großen Unsiht und Kalblütigkeit aller Offiziere, Beamten, Arbeiter und Arbeiterinnen und der ganz allmählichen Entwicklung des Brandes sind Verluste an Menschenleben und Verwundungen nur in geringem Umfange eingetreten. Es wurden insbesondere alle Arbeitshände schnell und ordnungsgemäß geräumt.

Wie namentlich festgestellt werden können, belaufen sich die Verluste an Menschenleben auf acht, einschließlich eines am 31. bei Aufräumungsarbeiten tödlich verwundeten Soldaten, während sich in Krankenhäusern zehn Verletzte in ärztlicher Behandlung befinden.

Letzte Nachrichten.

Die Ablehnungsnote überreicht.

Berlin, 5. Januar. (Z. U. B.) Die Antwortnote der feindlichen Regierungen ist nunmehr von dem spanischen Botschafter, dem belgischen Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika und dem schweizerischen Gesandten übergeben worden. Der Inhalt stimmt im wesentlichen mit der von Agence Havas am 30. Dezember veröffentlichten Meldung überein.

Die Konferenz in Rom.

Rom, 5. Januar. (Z. U. B.) Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Rom sind heute vormittag der englische Gesandte in Athen, Elliot, General Milner und der Militärattaché Hauptmann Fairholm aus Griechenland dort eingetroffen.

Der Kaiser zur Ablehnung des deutschen Friedensangebots.

Amtlich. Berlin, 5. Januar.

An Mein Heer und Meine Marine!

Im Verein mit den Mir verbündeten Herrschern hatte ich unseren Feinden vorgeschlagen, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Feinde haben Meinen Vorschlag abgelehnt. Ihr Nachhunger will Deutschlands Vernichtung. Der Krieg nimmt seinen Fortgang!

Vor Gott und der Menschheit fällt den feindlichen Regierungen allein die schwere Verantwortung für alle weiteren jürdthbaren Opfer zu, die Mein Wille euch hat ersparen wollen. In der gerechten Empörung über der Feinde anmaßenden Frevel, in dem Willen, unsere heiligsten Güter zu verteidigen und dem Vaterlande eine glückliche Zukunft zu sichern, werdet ihr zu Stahl werden.

Unsere Feinde haben die von Mir angebotene Verständigung nicht gewollt. Mit Gottes Hilfe werden unsere Waffen sie dazu zwingen!

Großes Hauptquartier, den 5. Januar 1917.

Wilhelm I. R.

Ein neuer Leiter des österreichischen Amtes für Volks-ernährung.

Wien, 5. Januar. Der Präsident des Amtes für Volks-ernährung, Kofstein, ist auf seine Bitte von dieser Stelle entlassen worden. Der Oberst des Generalstabes, Anton Dvoerak, Chef der Quartiermeister-Abteilung des Armeoberkommandos, wurde zum Minister ernannt und mit der Leitung des Amtes für Volks-ernährung betraut.

Die rumänische Armee ausgeglichen.

Bern, 5. Januar. Der Feindbrenner Mitarbeiter des „Temps“ berichtet, die rumänische Armee sei von der Front zurückgezogen worden und solle auf königliche Anordnung unter dem rumänischen Generalstabschef Konstantin Berjon reorganisiert werden.

Meerfeld in Köln gewählt.

Köln, 5. Januar. (Z. U. B.) Bei der heutigen Reichstags-nachwahl im Wahlkreis Köln-Stadt für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Richter sind im Zeichen des Burgfriedens für Reichstagsabgeordnete Meerfeld (sozialdemokratische Fraktion) 3057 Stimmen abgeben worden.

Gestrandet.

Bern, 6. Januar. Die „Temps“ aus London meldet, in der englische Dampfer „Oceans“ (1657 T.) vor St. Tropez gestrandet. Menschenleben sind nicht verloren.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Ladenschließzeit der Friseur.

Die neue Bundesratsverordnung über den früheren Ladenschluß besagt nicht darüber, wann die Ladenschließzeit der Friseurgeschäftlichen sein soll. Entweder wurden die Friseurgeschäfte einfach verfallen, oder man behandelte sie als Verhältnisse, die von der Verordnung unberührt bleiben. Darüber besteht bis zur Stunde noch Unklarheit in den Kreisen der Beteiligten, wie auch bei den Ortspolizeibehörden. In manchen Orten halten sich die Inhaber der Friseurgeschäfte zum Sieden- oder Schuttschluß verpflichtet, während sie sich im übrigen mit der Verordnung nicht fassen.

Durch früheren Ladenschluß im Friseurgewerbe kann an Heizung und Beleuchtung ebenfalls gepart werden. Ebenso sind die Friseurläden mehr oder weniger zugleich Verkaufsstellen für Parfümerie- und Toiletteartikel, Zigarren, Zigaretten und dergleichen. Irgendeine Regelung erweist sich schon deshalb als notwendig. Hinzu kommt aber, daß die Friseur selber einen früheren Ladenschluß haben wollen, und zwar nicht allein die Gehilfen, sondern auch die Mehrzahl der Geschäftsinhaber. Da die Gewerbeordnung immer noch keinen Weg bietet, auf dem ein örtlich einheitlicher Ladenschluß an Wochentagen von den Frisuren mit zwingender Wirkung herbeigeführt werden kann, wandten sich die Frisuren verschiedentlich an die stellvertretenden Generalkommandos, um wenigstens während der Kriegszeit den Ladenschluß einzuführen. In Hamburg zum Beispiel wurde eine solche Anordnung erst abgelehnt, nun aber auf Grund der neuen Bundesratsvorschriften getroffen. Der Vorstand des Bundes der Friseurvereinigungen wandte sich an den Bundesrat um Aufklärung, er gibt nunmehr bekannt, daß das Friseurgewerbe nicht unter die neuen Bestimmungen falle. Zugleich aber ersucht er die Innungen, um 8 Uhr abends (Sonnabends um 9 Uhr) zu schließen. Damit ist wohl der volle Beweis erbracht, daß der Ladenschluß im Friseurgewerbe ohne weiteres möglich ist, was gerade von vielen Innungen vor dem Kriege bestritten wurde. Nach allem dürfte nunmehr erwartet werden, daß durch eine Ergänzung der Bundesratsverordnung der Ladenschluß für das Friseurgewerbe herbeigeführt wird, da dies sowohl im Sinne der Verordnung liegt wie auch in der Absicht der Frisuren selber. Der Vorstand des Gehilfenverbandes hat in einer Eingabe an das Reichamt des Innern auf den gegenwärtigen Mißstand hingewiesen. Der Siedenschluß wird darin als zu früh, der Schuttschluß aber als durchführbar und wünschenswert bezeichnet.

Die „Dachdeckerzeitung“ erscheint vom 1. Januar ab unter der Redaktion des Verbandes. Genosse Gustav Hoch, der viele Jahre Schriftleiter des Fachblattes war, schied mit Jahreschluss aus der Redaktion aus.

Ausland.

Die österreichische Handlungsgewerkschaftenorganisation besteht jetzt fünfundsiebzig Jahre. Sie ist aus dem Wiener Lokalverein entstanden. Der Schwerpunkt der Reichsorganisation und die stärksten Mitgliederbestand sind aber noch wie vor in Wien. Eine große Stütze der Organisation sind dort, wo sie von ihr erobert wurden, die Gehilfenvereine und Krankenversicherungen in den Zwangsinnungen der Kaufleute. In Wien hat es seinerzeit geradezu homerische Kämpfe gegeben, um die bei den Wahlen schließlich unterlegenen, aber vom Magistrat, der Gewerbebehörde, gehaltenen Geschäftslokale von diesen ihnen nicht mehr zuzurechnenden Stellen zu entfernen.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Charlottenburger Wasserwerke haben, obwohl die Gesamtsummen von 5,28 Mill. Mark im Vorjahr auf 5,2 Mill. Mark gesunken sind, einen Reingewinn von nur 2,79 Mill. Mark gegen 3,45 Mill. Mark auszuweisen, weil die Unkosten von 1,65 Mill. Mark auf 2 Mill. Mark gestiegen sind. Die Dividende ist auf 8 Proz. gegen 10 Proz. festgesetzt. In dem Berichte wird die lebhafte Klage über Sondergewerbesteuern in Schöneberg und Zehlendorf geführt:

Nach der Schöneberger neuen besonderen Gewerbesteuerordnung wird das im Gemeindegebiet verlegte Meter Hochleistung mit 3 R. beehret; bei einer Ausdehnung dieser Steuer auf unser gesamtes Versorgungsgebiet würde dies einen Steuerbetrag in Höhe von 1.600.000 R. ergeben. Da die Gesamtbruttoeinnahme im abgelaufenen Geschäftsjahr 3.290.000 R. betrug, würde nach Abzug dieser Gewerbesteuer eine Reduzierung der Gemeindegeldern nicht mehr verbleiben. Das Verfahren der Gemeinden, zunächst mit der Gesellschaft Verträge zur Ausführung der Betriebe für die Gemeindegebiete abzuschließen und erst dann die Einkünfte der Gesellschaft durch „besondere Gewerbesteuer“ zu erfassen, stellt eine Verwässerung der Gesellschaft durch die Gemeindefürsorge dar. Die Verträge mit den Gemeinden sind unter der selbstverständlichen Voraussetzung geschlossen, daß die Grundlätze allen Vertragspartei, nämlich ein den Grundlätzen von Treu und Glauben entsprechendes Verhalten der Vertragspartei, auch für öffentliche Verbände gelte. Durch die Sondersteuern werden die Verträge umgekehrt.

Die Gesellschaft hat sich mit den Gewerbesteuerordnungen in Schöneberg und Zehlendorf nicht beruhigt, sondern sich Klagen an die Verwaltungsgerichte geföhrt. Der zum 1. Januar 1916 geföhrtige Wasserlieferungsvertrag mit Siedlich ist bis zum 1. Januar 1924 verlängert worden. Die Gemeinde hat sich aber das Recht der jährlichen Kündigung gegen Zahlung eines bestimmten Betrages vorbehalten.

Zu der offenbar einseitigen Darstellung der Charlottenburger Wasserwerke als Interessent, wird uns von dem Magistrat Schöneberg mitgeteilt, daß die Gesellschaft, die in anderen Gemeinden 5 Proz. ihrer Bruttoeinnahmen als Abgabe zahlt, in Schöneberg abgabenfrei ist und

sich auch bei den Verhandlungen über eine Verlängerung des Vertrages zugestanden abgezeigt. Daraus erhellt, daß von einer allgemeinen Einführung einer Sondergewerbesteuer, wie sie der Geschäftsbericht als Schreckbild an die Wand malt, nicht die Rede sein kann, da die anderen Gemeinden eben in der Abgabe von 5 Proz. eine Vergütung für die Ueberlassung der Straßen an ein Monopolunternehmen erhalten. Die Schöneberger Sondergewerbesteuer trifft auch nicht nur die Charlottenburger Wasserwerke, sondern jedes Unternehmen, das Straßen und Plätze für gewerbliche, ihrer Natur nach monopolistische Anlagen benützt.

Der Kampf um die Warenmehrwertsteuer.

Der „Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln“ hat angefragt, ob der Verkäufer auch bei Lieferungen unter 100 R. bezw. bei Lieferungen, deren Rechnungsbetrag zwischen 100 R. liegt, zur Abrechnung des zu vergebenden Steuerbetrages auf 10 Pf. berechtigt sei, und folgende Antwort erhalten:

„Soweit eine Abwälzung der Warenmehrwertsteuer auf den Abnehmer zulässig ist, kann die Steuer dem Abnehmer nur in der Höhe in Rechnung gestellt werden, wie sie tatsächlich auf die betreffende Zahlung entfällt.“

Das „Berliner Tageblatt“ führt ein Beispiel an, in dem dem Lieferanten Erzielung erheblicher Gewinne bei Ueberwälzung des Steuerbetrages nachgewiesen wird. Das Elektrizitätswerk Südwest in Berlin stellt seinen Abnehmern 10 Pf. Umsatzsteuer in Rechnung, gleichgültig ob sie 5 R. oder 10 R. oder 50 R. für die Stromlieferung zu bezahlen haben. Märklich ist die prozentuelle Belastung der Abnehmer ganz verschieden und höchst ungerecht. Sie wird desto größer, je kleiner der für die Stromlieferung zu entrichtende Preis ist. Das Elektrizitätswerk bezahlt dagegen nur ein für das Tausend des Gesamtbetrages der Zahlungen in Absetzungen von 10 Pf. für je 100 R. Seine Praxis ist daher unbedingt unzulässig.

Die Salzpreise sind von den Deutschen Salinenverbänden zum erstenmal seit Kriegsausbruch erhöht worden, und zwar um 25 Pf. für den Zentner mit Wirkung vom 2. Januar.

Nationalisierung von Stahl und Eisen. Der Deutsche Stahlbund hat bestimmt: Es sind nur Kriegslieferungen auszuführen. Für den sonstigen Bedarf sind im ganzen Reich Vertriebsstellen für die einzelnen Industrie- und Gewerbegruppen eingerichtet worden; diese haben zu prüfen, ob die Ausführung der geplanten Lieferung der Erhaltung und Stärkung der nationalen Kraft, der Schaffung oder Erhaltung unerschöpflicher wirtschaftlicher Werte oder der Verteidigung dringender allgemeiner Bedürfnisse dient. Außerdem hat der Vertreter des Lieferers schriftlich eideschwörtlich zu erklären, daß die beantragten Mengen nur für den von ihm angegebenen und von der Vertriebsstelle genehmigten Zweck verwendet werden sollen. Insbesondere können das Rundstählen durch R. Struden, Buchdruckerei und Verlag, Düsseldorf 17, bezogen.

Soziales.

Kriegswohlfahrtspflege und öffentliche Armenpflege.

Es ist mitunter sehr schwer, die Grenze zwischen Kriegswohlfahrtspflege und öffentlicher Armenpflege zu ziehen. In den Fällen allerdings, wo die Familie der Unterstützung bedarf, weil ihr Ernährer zum Kriegsdienst einberufen ist, hand es ohne weiteres, daß die Armenpflege nicht einzutreten hat. Das entspricht durchaus dem Sinne des Gesetzes von 1888, das auf dem preußischen Gesetz vom 27. Februar 1815 beruht und das in der ausgesprochenen Absicht erlassen ist, daß Armenpflege für Reservisten und Landwehrleute ausgeschlossen sein soll. Beide Gesetze haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß für die Familien der Engerzogenen ein gelegentlicher Unterhaltungsanspruch besteht. Wenn auch zu Beginn des Krieges vielfach Armenunterstützung gewährt wurde, obwohl ein Anspruch auf Kriegswohlfahrtspflege bestand, so hat doch die energische Handhabung des Gesetzes durch die Aufsichtsbehörden und die Entscheidung des Bundesamts für das Heimaterien, das bekanntlich der Streitigkeiten zwischen Ortsarmenverbänden einzugreifen hat, bewirkt, daß jetzt der Grundplatz vollkommen durchgeführt ist, daß die Kriegswohlfahrtspflege in keinem Fall Armenunterstützung ist. Der Bedürftige hat also einen Rechtsanspruch auf die Kriegswohlfahrtspflege, die Unterstützung braucht nicht zurückgestellt zu werden, es findet keine Schmälerung des Wahlrechts statt, der Empfang der Unterstützung hemmt oder unterbricht nicht den Lauf der Zeit zum Erwerb oder Verlust des Unterhaltungswohntums, die Unterhaltungsempfänger können nicht ab- oder ausgewiesen werden.

Trotzdem machen sich bei der Bemessung der Unterstützung armenpflegerische Grundlätze bemerkbar. Während den zu Friedenszeiten einberufenen Personen ohne Rücksicht auf den Grad der Bedürftigkeit ein bestimmter Bruchteil des ortsüblichen Tageslohns gewährt wird, muß bei den Kriegsfamilien in jedem einzelnen Falle das vorhandene Bedürfnis ermittelt und durch eine ihm genau angepaßte Unterstützung befriedigt werden. Der Versicherungsverband darf sich nicht darauf beschränken, die Unterstützung nach gewissen Regeln zu bemessen. In das Bedürfnis einmal anerkannt, dann müssen zwar wenigstens die Reichsmindestsätze gewährt werden, aber darüber hinaus besteht die Verpflichtung, in jedem einzelnen Falle das zum Lebensunterhalt erforderliche aus Mitteln des Versicherungsverbandes hinzuweisen. Soll diese Vorarbeit durchgeführt werden, so ist eine individuelle Behandlung jedes einzelnen Falles erforderlich; es wird also in der Praxis genau wie in der Armenpflege jeder Fall genau geprüft werden müssen. Ob die Prüfung durch die Armenverwaltung oder durch die im Gesetz vorgesehenen Kommissionen erfolgt, ist von untergeordneter Bedeutung und ändert nichts an dem Wesen der Sache. Es hat sich also, wie Bürgermeister Dr. Deber-Leipzig in seinem jetzt im Druck erschienenen Referat auf der letzten Jahresversammlung des Vereins für

Armenpflege und Wohlfahrtspflege äußerte, die eigentümliche Entwicklung ergeben, daß diese Armenpflege, die doch keine Armenpflege ist, all das erreicht hat, was für die eigentliche Armenpflege heute angestrebt wird. Nach einheitlichem Reichsrecht werden die Unterstützungen genau dem sorgfältig ermittelten Bedürfnis angepaßt bemessen, leitungsübige Verbände sind die Träger der Unterstützungslast, Reich und Staat tragen verhältnismäßig einen Teil dieser Last, und nach einheitlichen Grundlätzen wird von der obersten Landesbehörde, im Einvernehmen mit dem Bundesrat als der übergeordneten Stelle, eine scharfe Aufsicht geführt und auf eine gleichmäßige Durchführung der Unterstützung hingewirkt.

Wie ist es aber dann, wenn eine Familie bereits vor dem Ausbruch der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen war und derjenige, der zu ihrem Unterhalt verpflichtet ist, zu den Föhnen einberufen wird? Verwandelt sich dann die Armenpflege in Kriegswohlfahrtspflege oder wird die Familie weiter auf Kosten des Armenverbandes unterstützt? Diese Frage ist nicht nur von Bedeutung wegen der eventuellen Einwirkung auf die öffentlichen Rechte, sondern auch wegen der Ansprüche der Gemeinden unter- und gegeneinander. Handelt es sich um Armenunterstützung, dann besteht ein Erstattungsanspruch der Heimatortsgemeinde gegen die Wohnortsgemeinde; handelt es sich dagegen um Kriegswohlfahrtsunterstützung, dann entfällt ein solcher Anspruch. Um keinen Zweifel zu vermeiden, hat das preussische Ministerium des Innern beauftragt, daß in solchen Fällen die Armenpflege in Kriegswohlfahrtspflege übergeht. In den meisten Gemeinden wird allerdings die Unterstützung der Form nach genau so wie bisher weiter gewährt, aber sie muß dann mindestens auf die Höhe der Reichsmindestsätze gebracht werden, und die Gemeinden bekommen sie vom Reich erstattet, ihre Armenverwaltungen werden also entlastet.

Eine weitere Entlastung erwächst den Armenverbänden durch die Verfügungen der verschiedenen bundesstaatlichen Regierungen, die es als vornehmliche Pflicht der Gemeinden bezeichnen, für alle infolge des Krieges hilfsbedürftige Personen einzutreten, gleichviel ob sie in bisherigem Sinne als Arme oder als Kranke oder als Arbeitslose zu betrachten sind. Es soll also hier stets eine aus dem Rahmen der gewöhnlichen Armenpflege völlig herausstretende Kriegswohlfahrtspflege einlegen. Die öffentliche Armenpflege muß in allen Fällen, in denen die Hilfsbedürftigkeit durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar verursacht ist, zurücktreten gegenüber den anderen Unterstützungsmaßnahmen.

Die Rechtslage ist hiernach die folgende, wie sie auch in einer Entscheidung des Bundesrats für das Heimaterien vom 11. Dezember 1913 zum Ausdruck kommt: Es steht bei Personen, die nicht Angehörige von Kriegsteilnehmern sind, an einer gesetzlichen Bestimmung, durch die die Befreiung der durch den Krieg hervorgerufenen Hilfsbedürftigkeit der Armenpflege entzogen worden wäre. Wenn auch Reichs- und Staatsbehörden den Wunsch ausgesprochen haben, daß die Hilfsbedürftigkeit auch solcher Personen nicht im Wege der Armenpflege, sondern im Wege der Kriegswohlfahrtspflege befriedigt werden möchte, so wird doch ein gelegentlicher Zwang auf die Gemeinden, die infolge des Krieges entstandene Hilfsbedürftigkeit durch Kriegswohlfahrtspflege, nicht durch Armenhilfe zu befriedigen, nur insoweit ausgeübt, als die mit Reichshilfe zu unterstützenden Gemeinden der Kriegswohlfahrtspflege nicht den Rechtscharakter der Armenpflege beilegen dürfen, ganz abgesehen davon, daß die Feststellung, ob die Hilfsbedürftigkeit ganz oder teilweise auf den Krieg zurückzuführen sei, große Schwierigkeiten bereiten würde. Wählt eine Gemeinde trotz jener Anordnungen nicht den Weg der Kriegswohlfahrtspflege, so bleibt nur das Eingreifen der Armenpflege übrig, nur dort sei einer als Kriegswohlfahrtspflege gewährten Unterstützung nicht nachträglich den Charakter der Armenpflege verleihen.

Diese Grundsätze verdienen nicht nur während des Krieges weitgehender Beachtung, sondern sie sind auch von Bedeutung für die nach dem Kriege zu erwartende soziale Ausgestaltung unserer Armenpflege.

Wohnehilfe für die Frauen von Kriegsbeschädigten.

Für die Kriegsbeschädigten ist eine fängt im Anschlag an § 1 Ziffer 1 der Bundesratsverordnung über die Wohnehilfe erangene Entscheidung des Reichsversicherungsamts von Interesse. Nach der angeführten Bestimmung kann, von anderen Voraussetzungen abgesehen, die Wohnehilfe Frauen gewährt werden, deren Ehemänner an der Weiterleistung von Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten „oder an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch . . . Verwundung, Erkrankung . . . verhindert sind“. Dies wird in vielen Fällen bei den Kriegsbeschädigten auch noch nach der Entlassung aus dem Heere der Fall sein. Erst wenn die Folgen der Erkrankung oder Verwundung soweit beseitigt sind, sagt das Reichsversicherungsamt, daß eine Verwendung der wiedergewonnenen Arbeitskraft auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt möglich ist, kann man von einer Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit sprechen. Unschwerlich ist es, ob der Kriegsbeschädigte in seinem alten oder in einem neuen Beruf tätig ist. So lange also der entlassene Kriegsbeschädigte noch keine berufliche Tätigkeit ausübt, z. B. der theoretischen oder praktischen Vorbildung für einen neuen Beruf obliegt oder ihm eine Nachbehandlung seitens der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge zuteil wird, ist seiner Frau die Wohnehilfe zu gewähren. Welcher Zeitpunkt für die Gewährung maßgebend ist, sagt die Verordnung nicht. Das Reichsversicherungsamt hat sich hierüber in zwei unserer Erachten einander widersprechenden Entscheidungen geäußert. In der einen sagt es, der Anspruch hänge davon ab, daß eine der Voraussetzungen des § 1 Nr. 1 während der Wochenzeit, das heißt offenbar innerhalb sechs Wochen nach der Niederkunft (vergleiche § 2 Ziffer 2 der Verordnung) erfüllt ist. In der anderen verneint es den Anspruch einer Ehefrau, deren Ehemann nach der Entbindung eingezogen ist, hält also den Zeitpunkt der Entbindung für maßgebend. Es dürfte richtig sein, im allgemeinen den Zeitpunkt der Entbindung entscheiden zu lassen, jedoch mit der Erweiterung, daß bei nachträglichem Eintritt der Voraussetzungen des § 1 Ziffer 1 (also besonders bei Einberufung des Mannes während der Wochenzeit) für die noch kommende Zeit die Wohnehilfe gewährt wird. Für die Frauen der Kriegsbeschädigten ist die Frage unerheblich; ist zur Zeit der Entbindung von dem Mann noch keine Erwerbstätigkeit aufgenommen, so entsteht der Anspruch auf Wohnehilfe in vollem Umfang.“

*) Durch ein Versehen ist der letzte Teil dieses Artikels in Nr. 3 des „Vorwärts“ dem Artikel „Erfolgreiche Kriegswitwenrenten“ angehängt worden, der mit der 20. Seite zu Ende war. Das dann folgte, gehörte zu dem Artikel „Wohnehilfe usw.“, den wir hiermit im Zusammenhang bringen.

<p>Cigarren, Cigaretten, Kautabake F. Ernst Reich, Eisenstr. 21. Alkohol. Getränke Franz Abraham Bank Meissner u. Römerstr. 10. C. B. Reichert, A. Ferner, Keilstr. 11/12. Kauf-Anstalten Neukölln Anzengraberstr. 26. Koppenstr. 30. Niand-Bad südliche Bäder. National-Bad, Braunauerstr. 2. Passage-Bad Kottbusser-Damm 79. Reform-Bad, Wieser Str. 66. Eicker- u. Konditoreien Oskar Hanke's Brotback. 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Tropicow gegründet 1892. F. Hiesinger, Tropicowstr. 14. G. Meier, Erdenerweg 37.</p>	<p>Erscheint 2 mal wöchentlich. Otto Wolff, Tropicow, Kröllstr. 18 Lachow, G.-Lichterf. Eisenstr. 10a Gandagen, Gummi R. Nauke, Stralauer Str. 14. E. Krane, Kreuzstr. 14. A. E. Lange, Braunauerstr. 144. Butter, Eier, Nüsse Wilhelm Söbel 25 eigene Filialen. Gebrüder Manns 45 eigene Detailgeschäfte. Schröter, R. 45 Verkaufsstellen 45 Uhly & Wolfram</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis. August Holtz 14 Detail-Gebläse. Bierbrauerei, Wertheim Brauerei Bötzw empfehl. Qualitätsbiere ersten Ranges. C. Habels Brauerei hell - Nabelbräu - dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkl Wanninger Bier! Weissbier, C. Breithaupt, Pallasstr. 27 Tel. 1901, 1902</p>	<p>Drogen und Farben Berger-Druckerei, Eichenstr. 10 Seifenfabriken Timmer-Essig überall erhältlich Flisch- u. Würst W. Beck Inh. Hermann Gorbach Charlottenburg, Berlinstr. 94-99 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gerike, Petersburgerstr. 21 Otto Kengel, Alie Jacobstr. 21 Herrn- u. Knabenmode Hedler, 24, Ecke Prinzen-Allee J. Baer Lehn- & Blaupack, Nikolai-Alt 57 Rosenthalerstr. 4. Eckhaus Linienstr. Kolonialwaren Adam Schmitz, Schliemannstr. 11.</p>	<p>Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Rühlmann, P.-Müllers-Str. 40b, E. Seest Mehlhandlungen Kottbusser-Str. 44-45 Strakos, Wieser, 25, Eichen-Friedl. Str. 44, Waisenstr. 128, Friedrichstr. 22 Tropow, Grün-Str. 84. Gaede, Otto Charlottenburg. Wangelstr. 70 Ecke Currystr. F. W. Sichter Nähmaschinen Göllnowstr. 22 Nähmaschinen Bellmann, E. Göllnowstr. 22 Nähmaschinen Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.</p>	<p>Unterstehende Geschäfte empfehlenswert h. Elektriz. Höte, Kötzow, Pelowarm Kottbusser-Str. 119 Vester, E. Damm 18/19 Karp, Wels, Woll- u. Tropicow Hermann Meyer, Stralauerstr. 21. Photogr. Apparate M. Albrecht, 20, Kottbusserstr. 2. Auch Collegenstr. 14. Wäsche, Leinen, Feinwaaren Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Norm. Meyer & Co., Gr.-Berl. na. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.</p>	<p>Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21, Alt Moabit 95 126 u Altster und größter Milchwirtschaftlicher Grobmetrieb Optiker, Mechaniker Schubert, Carl Noll, Hertzstr. 148 Schreibwaren O. Frohnow, Müllersstr. 66 Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alie, Frankl, Alie 40 Verföhrungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützen- Sterbekassenversicherung - Straße 3. Sparda Schneiderstr. 21, Pflanzl. 21, Writ</p>
--	--	--	---	---	--	---

Lebensmittelversorgung durch die Gemeinden.

Von Paul Sirsch

Die am Donnerstag von der Berliner Stadtverwaltung erlassene Sammlung gefahnen Beschlüsse zur Nahrungsmittelversorgung in Verbindung mit dem neuesten Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts fordern zu einer Betrachtung darüber hinaus, was die Gemeinden auf dem Gebiete der Versorgung ihrer Einwohner mit Lebensmitteln überhaupt zu tun imstande sind. Man hat sich in gewissen Kreisen daran gewöhnt, alles mögliche von den Gemeinden zu fordern, ohne zu bedenken, daß ihrer Leistungsfähigkeit Grenzen gezogen sind, und wenn es denn nicht so geht, wie es gehen sollte, wenn es an Nahrungsmitteln fehlt oder wenn die Preise unüberhältnismäßig hoch sind, dann richtet sich die an und für sich berechtigte Empörung nur allzu oft einseitig gegen die städtischen Körperschaften, denen man den schweren Vorwurf der Pflichtverletzung und der mangelnden Fürsorge macht.

Das Rundschreiben des Herrn v. Salski geht davon aus, daß neben der Förderung der Erzeugung die Zuführung genügender Waren in die Städte und Industriebezirke auch weiter sorgfältiger voranschreitender Fürsorge bedarf. Eine wesentliche Einschränkung der jetzigen Maßnahmen, wenn auch natürlich keine völlige Beseitigung, verspricht sich der Präsident des Kriegsernährungsamts davon, wenn die Städte und Landgemeinden das bei den Schweinefleischverträgen schon mit Erfolg eingeführte System der frühzeitig zwischen Bedarfsgemeinde und Erzeugungsorganisation abzuschließenden Lieferungsverträge weiter ausbauen und auf Erzeugnisse, wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst, Geflügel, unter Umständen auch auf Vollmilch und Roggenmehl ausdehnen.

In der Theorie nimmt sich dieser Vorschlag wunderbar aus. Gibt es etwas Einfacheres, als den Abschluß von Lieferungsverträgen? Schade nur, daß solche Verträge häufig auf dem Papier stehen bleiben, daß aber ihre Ausführung entweder an dem Widerstand des einen Vertragskontrahenten oder auch an dem Dazwischenreden der Regierungsorgane scheitert. Die Erfahrungen während der Kriegszeit haben das hinreichend bewiesen.

Die Schuld an den Missetaten liegt tiefer, sie ist einmal darin zu erblicken, daß die Regierung mit einschneidenden Maßnahmen, sei es mit der Beschloßnahme, sei es mit der Festsetzung von Höchstpreisen, meist erst dann vorgegangen ist, wenn es zu spät war, das heißt wenn die in Frage kommenden Nahrungsmittel nur noch in geringen Mengen vorhanden waren oder aber wenn diese Preise bereits eine solche Höhe erreicht hatten, daß Höchstpreise ihren eigentlichen Zweck, den der Verhinderung des Hinaufschraubens der Preise, verfehlen mußten.

Strenge kann als weiterer Fehler des Systems des Anzeiges der Erzeugung durch höhere Preise. Es ist menschlich erklärlich, wenn auch aufs schärfste zu verurteilen, wenn Produzenten, sobald ihnen für die nächste Zukunft höhere Preise winken, mit ihren Erzeugnissen zurückhalten. Die Sucht, sich auf Kosten seiner Mitmenschen zu bereichern, hat auch im Kriege trotz aller schönen Redensarten von der Notwendigkeit eines jeden Staatsbürgers, Opfer zu bringen, vielfach die Oberhand behalten. Den Schaden davon hat die große Masse der Verbraucher, deren Vorkellern auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

An Anregungen und bis ins Einzelne ausgearbeiteten Plänen haben es weder der Parteivorstand, noch der Ausschuss für die Interessen der Konsumenten, noch die Generalkommission der Gewerkschaften fehlen lassen, aber bei den zuständigen Instanzen scheitern sie auf wenig Gegenliebe. Um wieviel besser würde es um die Ernährung des deutschen Volkes stehen, wieviel Not und Elend hätte abgemindert werden können, wenn die Regierung gleich bei Ausbruch des Krieges dem Rat des Parteivorstandes und der Generalkommission gefolgt wäre, den Produktionszwang eingeführt, Vorschriften über die Verwendung von Produkten getroffen und Produktion der Lebensmittel und Regelung des Umsatzes durch Kommunen angeordnet hätte! So oft man sich heute diese erste Eingabe an den Reichstag vom 12. August 1914 und die folgenden in ähnlichem Sinne gestellten durchsetzt, immer und wieder drängt sich einem die Überzeugung auf, daß Parteivorstand und Generalkommission sich auf dem richtigen Wege befinden haben.

Aber was haben wir statt dieser planmäßigen Organisation der wirtschaftlichen Kräfte erlebt? Ein ängstliches Hin- und Herzucken, Verordnungen über Verordnungen, die sich förmlich überflüssig und von denen die eine die andere aufhob, ewig blieb in diesem Wechsel nur das Streben, den Produzenten hohe Preise und gute Bezahlung zu sichern. Nicht einmal der wunderbaren Ausbeutung der Konsumenten durch gewissenlose Händler ging man energisch zu Leibe. Wohl hat man hier und da einen „Meinen Dieb“ gefangen, oder die großen Lich man kaufte, nicht absichtlich, sondern weil man davor zurückschreckte, die Art an die Wurzel des Übels zu legen.

Auch die Gemeinden haben unter diesem System oder besser gesagt unter dieser Systemlosigkeit schwer zu leiden gehabt; viel Arbeit hätte ihnen erspart bleiben, große Bauausgaben hätten sie vermeiden können, wenn die obrigkeitliche Bevormundung, die sich nach Lage der Verhältnisse nun einmal nicht völlig vermeiden ließ, die richtigen Maßnahmen eingeschlagen hätte. Es sei nur erinnert an die famose Verfügung über die Sicherstellung von Fleischverträgen vom 21. Januar 1915, die die Städte und Landgemeinden mit nicht als 5000 Einwohnern verpflichtete, zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch einen bestimmten Vorrat an Schweinefleisch zu beschaffen und ihre Aufbewahrung sicherzustellen, eine Verfügung, die da nicht Hand in Hand damit die Festsetzung von Höchstpreisen und die Verpflichtung der Produzenten zur Lieferung einherging, die Fleischpreise in die Höhe trieb, den Fleischhandel lahmlegte und sich als so gemeinschädlich und undurchführbar erwies, daß sie schon nach wenigen Monaten wieder außer Kraft gesetzt werden mußte. Diese Verordnung ist ein typisches Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden darf.

Der Vorwurf, der gegen die Kommunalverwaltungen zu erheben ist, besteht nicht sowohl darin, daß sie während des Krieges ihre Pflicht nicht erfüllt haben, als vielmehr darin, daß sie in der Zeit des Friedens der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht die genügende Aufmerksamkeit widmeten. Entgegen den grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie hatte der Vorstand des Deutschen Städtebundes ausdrücklich erklärt, daß es nicht als die Aufgabe deutscher Stadtverwaltungen angesehen werden könne, dauernd in die Preisgestaltung von Lebensmitteln einzugreifen und Mängel der Wirtschaftspolitik durch kommunale Maßnahmen auszugleichen.

Wenn trotzdem einige Städte kommunale Schweinemästereien angelegt, Verträge mit Produzenten geschlossen und andere Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung ihrer Einwohner ge-

troffen haben, so sind das Ausnahmen, die nur die Regel bestätigen. In großen ganzen glauben sie genug getan zu haben, wenn sie in Zeiten ganz besonderer Fleischknappheit und Anspornen den Bezug ausländischen Fleisches regelten oder als Ersatz für die teurere Fleischmahlung die Bevölkerung mit Seefischen versorgten, wobei sie auch noch oft genug prinzipielle Vermehrung dagegen einlegen zu müssen glaubten, daß hieraus etwa Schlüsse für die Zukunft gezogen werden könnten.

Hätten sie sich im Frieden diesem Zweige kommunaler Tätigkeit mehr gewidmet, dann wären sie leichter imstande gewesen, die gewollten bei Kriegsausbruch an sie heranrückenden Aufgaben zu lösen. Aber der Mangel jeglicher Erfahrung hatte die Folge, daß sie in den ersten Kriegstagen in dem Streben, Versorgung für die Zeit der Not zu treffen, hier und da des Guten etwas zu viel taten. Teils wurden schon damals viel zu hohe Preise gezahlt, teils verdarben große Mengen an Nahrungsmitteln, weil es an geeigneten Aufbewahrungsräumen oder an der sachmännischen Behandlung fehlte. So rächte sich bitter die Schuld der vorausgegangenen Jahre.

Nüchtern war die Arbeit der städtischen Verwaltungen bei Beginn des Krieges, aber ebenso ziel- und planlos. Und als sich dann im Verlaufe der Zeit ein gewisses System herausgebildet hatte, da setzte die Regierung von oben ein, die gewöhnlich gemeint war, aber auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden nicht genügend Rücksicht nahm. Eine Verordnung löste die andere ab, und bald folgte die Aera der Beschloßnahme und der Zuteilung von Nahrungsmitteln an die Gemeinden. Auf die Beschaffung der Nahrungsmittel hatten die Kommunen so gut wie keinen Einfluß mehr, sie hatten in der Hauptsache nur noch die Unterverteilung der ihnen zugewiesenen Mengen zu besorgen, und sie hatten nicht einmal die Möglichkeit, auf pünktliche und richtige Lieferung des ihnen zuzumessenden Quantum hinzuwirken.

Daß das jetzige System Schiffbruch gelitten hat, sieht die Regierung nunmehr selbst ein; sie scheint den Gemeinden neue Wege ebnen zu wollen. Aber sie überläßt, daß gute Ratsschlüsse allein nichts nützen und daß die Sünden zweier langer Jahre nicht so leicht wieder gut zu machen sind. Mit Recht hat der Berliner Oberbürgermeister Wermuth die härtere Erfassung der Vorräte aus dem Lande, Heranziehung der Heberschiffe in die große allgemeine Verteilung als die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Ernährungspolitik bezeichnet und den Städten den Rat gegeben, daß sie ihrerseits mehr Wert darauf legen mögen, eine gleichmäßige Versorgung von außen anzustreben, anstatt sich ängstlich gegenseitig untereinander zu beobachten, ob nicht die eine vor der anderen etwa in Kleinigkeiten bevorzugt wird.

Das ist es, worauf es für den Augenblick ankommt. Aber zur Erreichung dieses Ziels bedarf es des tatkräftigen Eingreifens der Regierung in der Richtung, wie es in dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung angeordnet ist. Besitzt die Regierung diese Ratshilfe, deren auch die bürgerlichen Vertreter der Reichshauptstadt zugestimmt haben, dann ist wenigstens für die Dauer des Krieges viel gewonnen.

Nach Wiederherstellung des Friedens wird es eine unserer ersten Aufgaben sein müssen, eine den Bedürfnissen des Volkes gerecht werdende Nahrungsmittelpolitik zu betreiben. Wie sie im einzelnen zu gestalten ist, das auszuführen wäre heute verfrüht. Aber das eine darf jetzt schon gesagt werden, daß sich dann die Gemeinden nicht ausschalten dürfen, sondern daß sie unter völligen Schutz mit den früheren Grundrissen und gemäß auf ihre Erfahrungen während des Krieges auch ihrerseits mehr als vor dem Kriege auf die Sicherstellung des Nahrungsmittelbedarfs der Bevölkerung ihr Augenmerk richten müssen.

Aus Groß-Berlin.

Bureaucratie und Verkehrseinschränkung.

Die Beobachtungen und Beratungen der zuständigen Stellen haben bisher nur dazu geführt, daß nunmehr ganze neue Linien im Stadtverkehr tätig sind. Inzwischen stehen die Fahrbedürftigen endlos an den Wartestellen, um schließlich doch zu all ihrer Ermüdung noch weite Wege zu Fuß machen zu müssen. Die Abonnenten und Inhaber von Zeitkarten können von ihrem mit gutem Gelde erworbenen Ausweis vielfach keinen Gebrauch machen.

Der Dezerent für das Verkehrswesen am Berliner Polizeipräsidenten, Oberregierungsrat Haasela, hat einem Pressevertreter gegenüber erklärt: Die Festsetzung des neuen Fahrplans wurde in einer Sitzung am 29. Dezember beschlossen, der Vertreter des Berliner Magistrats und des Zweckverbandes bewohnten. Die erste Nacht, in der die Einschränkungen in Kraft traten, lag freilich etwas ungünstig, da sie sich an einen Feiertag angeschlossen; auch in der zweiten Nacht war es dem Publikum wohl kaum möglich, sich auf den neuen Fahrplan einzustellen. Das Publikum zum Beispiel, das sonst die Gastwirtschaften und Cafés allmählich verließ, verläßt jetzt kurz vor 1/2 12 Uhr die Lokale. Dem folgenden Anbruch ist die Große Berliner Straßenbahn natürlich nicht gewachsen. Der Straßenbahn ist der Fahrplan nach sorgfältiger Vegetation und nach Maßgabe des vorhandenen Personals bewilligt worden. Die Wünsche des Zweckverbandes sind in dem Fahrplan in vollem Umfang berücksichtigt worden. Von Seiten der Polizei und der Straßenbahn sind Beamte mit der Beobachtung des Verkehrs beauftragt worden. Selbstverständlich können die Beobachtungen und Ergebnisse der ersten Nächte nicht ein richtiges Bild gewähren; erst die folgenden Nächte müssen abgewartet werden.

Der Dezerent sagt nicht, daß auch die Wünsche des Magistrats „in vollem Umfang berücksichtigt“ worden seien. Daß dies gegenüber den Wünschen des Zweckverbandes der Fall sein soll, kennzeichnet allerdings — diese „Wünsche“. Im übrigen aber jagt der Dezerent ausdrücklich, er wolle nicht behaupten, daß der jetzige Fahrplan allen Wünschen entspreche; aber erst müssen „die Beobachtungen authentisch niedergelegt“ werden; erst dann könne das Polizeipräsidenten überall dort, wo Mängel eintreten, die bessere Hand anlegen und für die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung entsprechende Abhilfe schaffen. Naturgemäß müßten sich auch die großen Betriebe den Verkehrseinrichtungen anpassen, wie es z. B. die Firma Siemens u. Halske mit ihren 10000 Arbeitern bereits gemacht habe. Die Fabrik habe den Schichtwechsel in eine Stunde gelegt, in der die Arbeiter passende Verbindungen finden. Die Beschwärden aller Bevölkerungsklassen, selbstverständlich auch die der Gewerkschaftskommission, würden sorgfältig geprüft werden, da möglichst die Nacharbeiter zufriedengestellt werden sollen. Die Große Berliner Straßenbahn sei am

Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Die Heeresverwaltung habe am 2. Januar den größten Teil der bis dahin zurückgestellten Angehörigen eingezogen und trotz dringender Reklamation bisher das geschulte Personal nicht freigegeben.

Das angewendete Verfahren ist echt bürokratisch: Der Dezerent verlangt, die Industrie solle sich den Verkehrseinrichtungen anpassen. Umgekehrt wäre es richtig gewesen: Man hätte vor dem Verkehrsumsturz an die großen Betriebe herangehen müssen, um sich mit ihnen über die Möglichkeit von Schichtverlegungen zu verständigen; und wenn so das Verkehrsbedürfnis geändert war, dürfte man erst die Verkehrs möglichkeit anders gestalten. Statt dessen hat man in beispiellos unverständiger Weise in das geschäftlich geordnete und tausendfältig verzweigte Erwerbs- und Verkehrsleben einer Weltstadt eingegriffen, indem man sich einbildete, daß sich solch ein Riesenkörper über Nacht auf höhere Anordnung glatt ummodellieren könne.

Zur Milchversorgung Groß-Berlins.

Der Rückgang der Milchlieferung nach Groß-Berlin, der in letzter Zeit wiederholt und erst in der Donnerstagsfrage der Stadtverordnetenversammlung Gegenstand der Erörterung gewesen ist, tritt ganz bedeutend hervor, wenn man die Zahlen aus der Friedenszeit mit den jetzigen in Kriegszeiten vergleicht. Schätz man die Zufuhren in der Zeit vor dem Kriege mit 100 Prozent an, so belief sich die Milchlieferung im Dezember 1915 nur auf etwa 52 Prozent. Eine Verringerung dieses Zustandes wurde lebhaft erköst, als die Reichsstatistik ins Leben gerufen wurde. Leider aber ist das Gegenteil eingetreten. Seit dem Verlehen der Reichsstatistik hat die Milchlieferung einen weiteren Rückgang bis auf 33 Prozent erfahren. Die Maßregeln der Reichsstatistik haben also nicht nur nicht eine Verringerung herbeigeführt, sondern sind von einem neuen erheblichen Rückgang begleitet gewesen. Der größte Teil des Rückgangs war bereits im Oktober 1916 eingetreten, also in einer Zeit, in der die Futtermittelverhältnisse noch ungewöhnlich günstig lagen.

In eigenartigem Kontrast zu dieser Meldung steht allerdings ein Bericht über die Milchkontrolle der Landwirtschaftskammer Brandenburg. In diesem Bericht wird u. a. dargelegt, daß die Aufrechterhaltung der Milchkontrolle von hohem Werte für die Substanz und besonders für die Aufrechterhaltung der Milch- und Futtermengen ist. Es heißt dann weiter: Durch die Jahresabschlüsse der Kontrollvereine ist erwiesen, daß nahezu alle Vereine und Kontrollbezirke noch recht befriedigende Milch- und Futtermengen aufweisen, und mitunter sogar noch an Friedenleistungen heranzureichen.

Trotzdem also noch in der Nachbarschaft Groß-Berlins befriedigende Milch- und Futtermengen vorhanden sind, müßte der Milchbezug sogar für Kinder in letzter Zeit noch weiter eingeschränkt werden. Hier liegen allem Anschein nach wieder erhebliche Organisationsmängel vor, und es wäre Aufgabe der maßgebenden Behörden, diesen Widerpruch so schnell wie möglich aufzuklären.

Die Neuregelung des Berliner Kartoffelbezuges.

Der Magistrat Berlin hat jetzt als Zeitpunkt, von dem ab Kartoffeln im Kleinhandel nur in derjenigen Verkaufsstelle entnommen werden, in der der Karteninhaber in die Kundenliste eingetragen ist, auf den 8. Januar festgelegt. Von diesem Tage an erfolgt der Verkauf nur noch an diejenigen Personen, die in der örtlichen Verkaufsstelle zur Kundenliste angemeldet sind. Bis zum 7. Januar einschließlich, müssen jedoch überall, wo Kartoffeln vorhanden sind, diese an jeden Käufer, der eine gültige Karte besitzt, vorlegen kann, abgegeben werden. Diejenigen Personen, die ihre Anmeldung nicht bewirkt haben, müssen sich schriftlich an den Magistrat, Abteilung für Kartoffelversorgung, Schilderstraße 7, wenden.

Anmeldung von einem Kleinhändler zum anderen Kleinhändler innerhalb Berlins ist nur zulässig beim Nachweis eines Wohnungswechsels. Fernweise für Anträge auf Umwidmung erhalten die Kleinhändler auf Wunsch von den Protokommissionen.

Durch Bundesratsverordnung ist für die Selbstherzeuger der tägliche Verbrauch an Kartoffeln bis zum 31. Dezember 1916 auf 1 1/2 Pfund, vom 1. Januar 1917 bis 28. Februar 1917 auf 1 Pfund und vom 1. März 1917 bis 30. Juni 1917 auf 1 1/2 Pfund täglich festgelegt worden. Dieser Regelung sind auch die in Berlin wohnenden Landkolonisten als Selbstherzeuger unterworfen. Die Berliner Landkolonisten dürfen daher, solange sie in dem gesetzlich zugelassenen Umfang aus der eigenen Ernte des vergangenen Jahres ihren Bedarf decken können, nicht auf Kartoffelarten zurückgreifen. Eine solche Entnahme ist vielmehr erst zulässig, wenn die geerntete Menge unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften verbraucht worden ist. Die etwa noch in den Händen der Kolonisten zu Unrecht befindlichen Kartoffelarten sind unter Angabe der noch vorhandenen geernteten Menge an die zuständigen Protokommissionen einzuliefern. Zuwiderhandlungen sind nach der Bundesratsverordnung vom 1. Dezember 1916 hohen Strafen unterworfen.

Ersatzlohn, Sohlenhoner und Sohlenbewehrungen.

Amstich wird mitgeteilt: In Rücksicht auf die gebotene Sparsamkeit im Gebrauch von Sohlenleder werden im Schuhwarenhandel sowohl in der Herstellung als auch in der Ausbesserung von Schuhwaren Ersatzstoffe angewendet. — Ersatzlohn, Sohlenhoner und Sohlenbewehrungen — deren bisherige nicht immer zweckmäßige Ausnutzung und unverbhältnismäßig hohe Preisbemessung eine gesetzliche Regelung der Herstellung und des Verkehrs dringend geboten erscheinen lassen. Nach den Ausführungsbestimmungen einer neuen Bundesratsverordnung wird demnach bestimmt, daß derartige Ersatzstoffe nur mit Zustimmung der Ersatzlohn- und Sohlenhoner-Gewerkschaft in Berlin herzustellen, zur gewerkschaftlichen Herstellung oder Ausbesserung von Schuhwaren oder Schuhwarenbestandteilen verwendet oder in den Verkehr gebracht werden dürfen. Um die wirksame Bekämpfung von Auswüchsen sicherzustellen, ist vorzusehen, daß durch die zuständige Behörde Betriebe, deren Inhaber oder Leiter sich als unzuverlässig erwiesen haben, geschlossen werden können. Bei der Anpflanzung an geeigneten Rohstoffen muß für den Fall der Schließung eines Betriebes die Möglichkeit vorgeesehen werden, die vorhandenen Bestände an Rohstoffen usw. der Allgemeinheit dienlich zu machen. Die Bekanntmachung über unzulässiges Schuhwerk vom 21. Juni/10. Oktober 1916 tritt außer Kraft, lediglich die Bestimmungen über die Kennzeichnung von vor dem 10. Juli 1916 unter Verwendung von nicht zugelassenen Ersatzstoffen hergestellten Schuhwaren bleiben aufrechterhalten.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 7. Januar, von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags das Botanische Museum von 11-2 Uhr dem allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben auch in Begleitung Ermäßigung im Zutritt.

Im Theater in der Königgräber Straße gelangt Strindbergs Komödie „Kameraden“ zum ersten Male im Rahmen einer Nachmittagsvorstellung (Sonntag) um 3 Uhr zur Aufführung.

Amiratspops. Die Abendvorstellungen in der Eisarena begannen jetzt um 7 1/2 Uhr. Nach Beendigung der Vorstellung konzertiert das Orchester Einbläser bis 11 1/2 Uhr. Nach Beendigung der Vorstellung um 11 1/2 Uhr den Schlußkonzerten der Besucher zur Verfügung. Die Sonntagnachmittags-Vorstellung beginnt um 4 Uhr.

